

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren! Ich heiÙe Sie zur 137. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt ganz besonders unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich neun Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

- 1 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2004) und Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2004/2005) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004/2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Haushaltsjahr 2005 (Solidarbeitragsgesetz - SBG 2004/2005)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6200

In Verbindung damit:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Nachtragshaushaltsgesetz 2005) und Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Ge-

meinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2004/2005) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004/2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Haushaltsjahr 2005 (Solidarbeitragsgesetz - SBG 2004/2005) und zur Änderung anderer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6201

Und:

Mittelfristige Finanzplanung

Unterrichtung
durch die Landesregierung
zur Beratung
Drucksache 13/6100

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich zunächst für die Landesregierung Herrn Finanzminister Dieckmann das Wort. Bitte schön.

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle wissen, dass die öffentlichen Haushalte in einer sehr angespannten, unangenehmen Lage sind. Einmal mehr gilt, dass Nordrhein-Westfalen auch insoweit keine Insel ist.

Aber jede schwierige Situation, jede Krise ist zugleich eine Chance. Die schwierige Lage des Landeshaushaltes hat schon in den letzten Jahren Anlass zu einem Umdenken gegeben, das wir auch praktizieren. Wir haben uns auch in Nordrhein-Westfalen der Diskussion gestellt, welche Aufgaben der Staat wahrnehmen will und wahrnehmen muss, welche Schwerpunkte wir setzen und wo wir verzichten, streichen und kürzen wollen. Insoweit kann festgestellt werden: Wir sind im Hinblick auf die Aufgaben und die Ausgaben, die sich Landesregierung und Landtag vorgenommen haben, recht gut vorangekommen.

Die Ausgaben für Personal, Zinsen und Investitionen, aber vor allem für Bildung, innere Sicherheit, soziale Sicherheit, Gesundheit und StraÙenbau, um nur die wesentlichen Beispiele zu nennen, bewegen sich zwar auf einem gleich bleibend ho-

hen Niveau, aber sie steigen kaum noch an, da wir nachhaltig konsolidiert und Prioritäten gesetzt haben.

Ich finde, wir haben bei allem, was Schule und Betreuung angeht, ein vorbildliches Engagement aufzuweisen. Dies haben wir zulasten anderer wesentlicher Aufgaben- und Ausgabebereiche ermöglicht. Deshalb weise ich mit Nachdruck für Landesregierung und Landtag den Vorwurf zurück, wir würden nicht sparen, wir hätten noch nicht konsolidiert.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, unser Problem sind vor allem die zu geringen Einnahmen. Die Schulden steigen also auch in diesem und im nächsten Jahr erneut an. Das macht keinen Spaß, Herr Palmen, auch mir nicht, damit wir uns gleich klar verstehen. Die Schulden erreichen eine Größenordnung, in der das klassische Wort vom Sparen allein nicht ausreicht. Es wäre auch die falsche Politik. Sie würde die Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs missachten und die Auftriebskräfte der Konjunktur abwürgen.

Meine Damen und Herren, ich will es einmal mehr sagen: Wir haben derzeit weniger ein Ausgabe- problem, sondern vielmehr ein Einnahmeproblem.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bei allem, was uns in der steigenden Entwicklung der klassischen Ausgaben bedrückt: Der vorgelegte Haushaltsentwurf für das Jahr 2005 ist in den vielen kleinen Einnahmever schlechterungen und Ausgabeverbesserungen ein Beleg dafür.

Der Haushalt von Nordrhein-Westfalen befindet sich wie in den meisten anderen Ländern in Deutschland gegenwärtig in der schwierigsten Lage seit Bestehen unseres Landes. In der ersten Novemberwoche hat der Arbeitskreis Steuerschätzung die Steuereinnahmen der Jahre 2004 und 2005 erneut geschätzt. Das ergibt gravierende Auswirkungen auf den Landeshaushalt: Im Jahr 2004 werden die Steuereinnahmen um 750 Millionen € hinter den Erwartungen zurückbleiben. Für das Jahr 2005 müssen wir mit Steuerausfällen von insgesamt 1,4 Milliarden € rechnen.

Diese durchaus dramatische Entwicklung wirft zwei Fragen auf. Erstens: Worin liegen die Gründe für Einnahmefälle in dieser Größenordnung? - Zweitens: Mit welcher Strategie werden wir auf die äußerst unerfreulichen Ergebnisse reagieren?

Der wichtigste Grund, meine Damen und Herren - wir alle wissen es -, liegt in dem geringen Wirtschaftswachstum. Drei Jahre dauert schon die Stagnationsphase. Zwar erholt sich die Konjunktur inzwischen wieder, das Wachstum wird jedoch in diesem Jahr verhaltener ausfallen, als wir dies allgemein erhofft haben und erwarten konnten. Das Wachstum ist zu stark exportorientiert. Binnennachfrage und Arbeitsmarkt erholen sich nicht hinreichend.

Das bedeutet für die Steuereinnahmen: Vor allem die Umsatzsteuer - wegen der schwachen Binnennachfrage - und die Lohnsteuer - wegen der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt - bleiben hinter den Erwartungen zurück.

Ein weiterer Grund für die immensen Ausfälle, meine Damen und Herren, sind die Entlastungen durch die große Steuerreform. Der Gesamtumfang der Entlastungen beträgt im Jahre 2005 - verglichen mit 1998 - 52 Milliarden €. Das ist - darüber sollte man sich als Bürger und Bürgerin freuen - das größte Steuersenkungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik. Von daher ist es zunächst einmal etwas Gutes und sollte auch anerkennend gewürdigt werden.

Für Personen, Unternehmen und Arbeitnehmer kommt dies im Wesentlichen durch die drastisch abgesenkten Einkommensteuersätze zustande. Sie erreichen einen historisch niedrigen Satz von 15 % im Eingangsbereich und 42 % im Spitzensteuerebereich.

Hinzu kommt: Mit der Globalisierung der Wirtschaft ist die Zahl der Zusammenschlüsse von Unternehmen gestiegen. Das eröffnet neue und zunächst einmal - wie ich betone - durchaus legale Möglichkeiten zur steuerlichen Gestaltung. Das war der Grund für umfangreiche Steuererstattungen an Großunternehmen.

So erfreulich dies alles für den einzelnen Steuerzahler auch ist: Die öffentlichen Haushalte müssen aufgrund der Steuerreform gewaltige Einnahmefälle verkraften.

Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Körperschaftsteuer. Wir alle werden uns erinnern: Im Jahr 2001 waren die Steuererstattungen so groß, dass das Körperschaftsteueraufkommen in Nordrhein-Westfalen insgesamt sogar negativ war. Inzwischen steigt zwar das Aufkommen an Körperschaftsteuer wieder langsam, aber das durch die Steuerreform abgesenkte neue Normalniveau ist noch längst nicht erreicht.

Dies sind die realen Entwicklungen. Kurz gesagt heißt dies: Wer Steuern senkt, hat weniger Geld

in der Staatskasse. - Das ist ein Binsenweisheit; ihr müssen wir uns stellen.

Wir müssen uns aber genauso der Einsicht stellen: Wer noch mehr Steuern senken will, hat noch weniger Geld in der Staatskasse, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Diese Einsicht ist inzwischen weit verbreitet - außer an der Spitze von CDU und CSU und auch bei Herrn Dr. Rüttgers nicht.

Da hören wir, dass die so angepriesene Reform der Krankenversicherung über eine Kopfpauschale und einen Sozialausgleich aus Steuermitteln finanziert wird. "Prima!" ruft man da als Bürger. Aber im zweiten Atemzug fragt man: Woher nehmen die das Geld eigentlich? - Dazu wird folgende Rechnung aufgemacht: Der Spitzensteuersatz von 42 % soll auf 39 % gesenkt werden. Dadurch werden 7 Milliarden € gespart. Das finanziert dann den Sozialausgleich der Kopfpauschale.

Da habe ich keinen geringeren Gewährsmann als den Chef der bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber - der ist wirklich unverdächtig -, der das so erklärt hat: Wenn ich in einem Autohaus meinen Traumwagen sehe, der 250.000 € kostet, und sage: "Nein, den kaufe ich mir nicht", habe ich das Geld dann übrig oder habe ich es nicht übrig?

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nach Ihrer Rechnung, meine Damen und Herren, Herr Rüttgers, haben Sie dann 250.000 € gespart, die Sie für etwas anderes ausgeben können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ist das Wertschöpfung, meine Damen und Herren? Das ist das steuerliche Perpetuum mobile. Zu schön, um wahr zu sein!

(Helmut Stahl [CDU]: Wie viele Schulden machen Sie dieses Jahr?)

- Wenn Sie so aufgeregt sind, scheint es doch wichtig, dass Sie einmal Herrn Huber hierher einladen und nicht nur Herrn Stoiber, damit er mit Ihnen Kopfrechnen übt und Grundeinsichten in die steuerliche Arithmetik vermittelt.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zurück zur Realität, meine Damen und Herren, und die ist nicht so schön. Die mäßige Entwicklung des Lohnsteueraufkommens - ich sagte es schon - spiegelt die momentane Lage auf dem Arbeitsmarkt wider. Die Reformen auf dem Ar-

beitsmarkt und die erhoffte Belebung der Konjunktur sollen im nächsten Jahr zu einer Entlastung auf dem Arbeitsmarkt führen und damit wieder deutlich positive Impulse für das Lohnsteueraufkommen geben. Allerdings werden wir auch damit rechnen müssen, dass diese Impulse durch die Wirkungen der letzten Steuersenkungsstufe kompensiert werden.

Auch das Umsatzsteueraufkommen bleibt hinter den Erwartungen zurück, vor allem wegen der schwachen Binnenkonjunktur. Ein weiterer sehr unerfreulicher Grund für die rückläufige Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens ist der grassierende Umsatzsteuerbetrug. Vor allem Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen ist es zu verdanken, dass auf der Ebene des Bundes inzwischen Möglichkeiten geprüft und in einem Planspiel erprobt werden, hier zu wirksamen Gegenmaßnahmen zu kommen. Die Landesregierung ist sich der Unterstützung des gesamten Landtags in dieser sensiblen Frage bewusst. Wir unternehmen auch in der Finanzverwaltung alle denkbaren Anstrengungen, in engem Kontakt mit unseren europäischen Nachbarn, um hier die Schlupflöcher für kriminelle Geister zu verkleinern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, alles in allem rechnen wir in diesem Jahr mit Steuereinnahmen in Höhe von 33,9 Milliarden €. Das entspricht ziemlich exakt unserem Iststeueraufkommen aus dem Jahr 1996. Dies sollte man sich bei jeder Diskussion über neue Aufgaben und Ausgaben immer wieder vor Augen führen.

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

Ich hatte es schon gesagt: Unsere Ausgaben steigen kaum noch, im Durchschnitt der Jahre lediglich um 1 %. Damit orientieren wir uns an einer entsprechenden Vereinbarung, die Bund und Länder im Finanzplanungsrat getroffen und vor wenigen Tagen noch einmal bekräftigt haben. Wir schaffen dies - ich sagte es - trotz unseres zusätzlichen Engagements für Schule, für Unterrichterteilung und Betreuung dadurch, dass wir im Übrigen gewaltige Sparanstrengungen unternehmen. Wir tun dies vor allem im Interesse künftiger Generationen. Diese Anstrengungen sollte die Öffentlichkeit durchaus einmal zur Kenntnis nehmen. Sie sollte auch zur Kenntnis nehmen, welchen erheblichen Beitrag die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu diesen Sparanstrengungen leisten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die vorliegenden Entwürfe sind die Antwort auf die Ergebnisse der Steuerschätzung. Die Entwürfe sind von folgender Maxime geprägt: Konjunkturbedingte, steuerbedingte Mindereinnahmen können und werden durch eine höhere Neuverschuldung gedeckt. Mehrausgaben müssen durch Minderausgaben an anderer Stelle kompensiert werden. Wir können und dürfen die Haushaltsverschlechterungen vor allem des Jahres 2004, aber auch des Jahres 2005 nicht in vollem Umfang durch Kürzungen auffangen. Dies wäre, selbst wenn die Größenordnung geringer wäre, problematisch, denn Kürzungen in dieser Höhe schränken die Gesamtnachfrage in einem Maße ein, dass die leichte konjunkturelle Aufwärtsentwicklung vollständig zum Erliegen käme.

Nun konkret zum Haushaltsjahr 2004:

Wir haben - davon war schon die Rede - Steuermindereinnahmen in Höhe von 750 Millionen € zugrunde zu legen. Daran sind die Kommunen über den Steuerverbund mit rund 127 Millionen € beteiligt. Vor dem Hintergrund, dass eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts besteht, wird dieser Betrag den Kommunen bis zum Jahr 2006 gestundet, um ihre Finanzkraft und damit auch ihren Beitrag zur öffentlichen Nachfrage im Jahre 2004 zu stärken.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Dies, meine Damen und Herren, ist in Ordnung und wird auch von Ihren Parteifreunden, meine Damen und Herren von der Opposition, in der kommunalen Familie dankbar vermerkt - um es sehr vorsichtig zu sagen.

Wir haben darüber hinaus im Haushalt noch kleinere Korrekturen vorgenommen, die zu einer Verschlechterung des Gesamthaushalts 2004 von 830,2 Millionen € führen. In dieser Höhe werden zusätzliche Kredite aufgenommen. Die Nettoneuverschuldung steigt damit auf rund 6,9 Milliarden € und liegt um rund 3,25 Milliarden € über den Investitionen. Die Überschreitung der Regelobergrenze ist vor dem Hintergrund der bestehenden Störungslage zulässig. Dies ist in der Begründung zum Haushaltsgesetz noch einmal ausführlich und überzeugend dargestellt.

Zum Nachtrag 2005:

Die finanzwirtschaftlich wesentliche Veränderung im Nachtrag für das Jahr 2005 besteht in der Umsetzung der Ergebnisse der Steuerschätzungen von Mai und November. Die Steuerschätzung von November hat die Einnahmeerwartungen noch

einmal nach unten korrigiert. Das bestätigt, meine Damen und Herren: Es war richtig, dass die Landesregierung davon abgesehen hat, schon auf der Grundlage der Steuerschätzung von Mai einen Nachtrag für das Jahr 2005 aufzustellen.

An den Mindereinnahmen für das Jahr 2005 in Höhe von 1,41 Milliarden € sind die Kommunen über den Steuerverbund mit rund 325 Millionen € beteiligt. Von einer Reduzierung des zur Verfügung gestellten Verbundbetrages 2005 wollen wir aber absehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wie ich eingangs bereits dargestellte, werden die Steuermindereinnahmen nicht durch eine Reduzierung der Ausgaben, sondern durch eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung finanziert. Ausgabenkürzungen in der Größenordnung von 1,41 Milliarden € wären auch für das kommende Jahr in der Phase der wirtschaftlichen Erholung die falsche Entscheidung. Infolge der Erhöhung der Nettoneuverschuldung um 1,41 Milliarden € steigt diese im Nachtrag 2005 auf rund 5,2 Milliarden €; sie liegt damit aber dennoch um rund 40 Millionen € unter den Investitionsausgaben, was für die Einhaltung der Regelobergrenze maßgeblich ist.

Eine weitere zentrale Veränderung im Nachtragshaushalt ist die Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission in Sachen Wfa und WestLB. Die EU-Kommission hat bekanntlich am 20. Oktober dieses Jahres entschieden, dass die WestLB AG rund 1,4 Milliarden € an das Land zurückführen muss. Diese Rückführung muss - dazu sind die Äußerungen der Kommission eindeutig - in vollem Umfang durch Barauszahlung erfolgen. Nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen ist mit einer Zahlung im Jahr 2005 zu rechnen. Diese Zahlung ist deshalb in den Nachtragshaushalt 2005 eingestellt worden.

Die Beihilferückzahlung soll nach der Konsortialvereinbarung zwischen den Bankeigentümern der Bank umgehend als Kapital wieder zugeführt werden. Im Ergebnis soll das Land eine Kapitalbeteiligung in Aktien sowie in Form einer stillen Einlage erhalten. Dafür enthält der Nachtrag entsprechende Ermächtigungen.

Bei den entsprechenden Ausgaben handelt es sich haushaltsrechtlich um Investitionen, da sowohl auf dem Weg über die Aktien als auch über die stille Einlage eine Beteiligung am Produktivkapital der WestLB erfolgt. Das mag Außenstehende überraschen; fachlich besteht an dieser Wertung kein Zweifel.

Lassen Sie mich abschließend noch kurz auf die Zuwachsraten bei den Ausgaben eingehen. Die Ausgaben steigen um rund 2,17 Milliarden €. Das beruht ganz wesentlich auf zwei Faktoren: zum einen auf der Vereinnahmung und Wiedereinlage der 1,4 Milliarden € aus der Wfa-Entscheidung und zum zweiten auf der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Kommunen für Unterkunft und Heizung in Höhe von rund 730 Millionen €. Das sind aber durchlaufende Einnahmen und Ausgaben, die im Einzelplan 15 veranschlagt sind.

Lediglich aus diesen beiden Faktoren ergibt sich die Steigerungsrate von 1,5 % gegenüber dem Haushalt 2004. Ohne diese beiden Faktoren würden die Ausgaben gegenüber dem Jahr 2004 sogar abnehmen, und zwar um sage und schreibe 2,9 %. Dies ist ein weiterer Beleg für beherrzte Schritte auf dem Weg der Konsolidierung.

(Zuruf von der CDU: Beherzt?)

Meine Damen und Herren, wir werden auch in Zukunft die weitere Konsolidierung des Haushalts im Blick haben müssen. Wir müssen weiterhin daran arbeiten, die öffentlichen Ausgaben zu senken. Nicht alles, was wünschenswert ist, wird künftig noch bezahlbar sein. Allerdings müssen die Steuereinnahmen wieder zu einer verlässlichen Quelle werden. Nur auf diese Weise können wir eine Verschuldung beherrschbar gestalten.

Auf den Umsatzsteuerbetrug und die Bekämpfungsmaßnahmen habe ich bereits hingewiesen. Wir müssen - das ist mir wichtig - darüber hinaus steuerliche Subventionstatbestände insgesamt auf den Prüfstand stellen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Deshalb unterstützen wir im Bundesrat die Initiative der Bundesregierung, die Eigenheimzulage abzuschaffen und die dadurch frei werdenden Mittel zur Stärkung der Ausgaben für Bildung und Innovation zu nutzen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Wir stehen da nicht allein, Herr Palmen. Die Bundesbank, der Sachverständigenrat, aber auch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute teilen unsere Einschätzung. Vielleicht kommen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, ja auch noch zur Vernunft.

(Beifall bei der SPD)

Die aktuellen Zahlen des Arbeitskreises Steuerschätzung haben es gezeigt: Wir brauchen gewaltige Kraftanstrengungen bei allen Beteiligten, um

den Landeshaushalt auch künftig manövrierbar zu gestalten. Vielleicht haben diese neuen Hiobsbotschaften ja wenigstens etwas Gutes. Ich glaube, nicht nur bei den politischen Entscheidungsträgern, sondern auch in der Bevölkerung ist das Bewusstsein gewachsen, dass der Staat wir alle sind und dass wir eine gesellschaftliche Debatte darüber brauchen, wie viel wir uns noch leisten können und wollen und worauf wir verzichten müssen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister. - Die Redezeitschiene ist schon ein bisschen durcheinander gekommen, aber die Einbringung durch den Innenminister ist notwendig. Wir hatten uns bereits auf fünf Minuten Redezeit verständigt. - Bitte, Herr Dr. Behrens.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Ich erspare mir alles, was zur Kreditierung schon gesagt worden ist. Zu den Veränderungen, die sich aus den Mindereinerwartungen aufgrund der Steuerschätzung ergeben, vielleicht nur noch so viel - der Finanzminister hat bereits das Notwendige dazu gesagt -: Wir kreditieren auf das Jahr 2006. Es ist ein geeignetes Instrument, meine Damen und Herren. Die Mindereinnahmen werden jetzt nicht auf die Jahre 2004 und 2005 umgerechnet. Dadurch können den Kommunen die erwarteten Mittel zur Verfügung gestellt werden. Somit müssen zu schon verabschiedeten Haushalten bzw. in der Phase fortgeschrittener Beratungen keine weiteren Sparprogramme aufgelegt werden. Allerdings verkenne ich nicht, dass mit der Kreditierung erhebliche Vorbelastungen für das Jahr 2006 verbunden sind und dass die Kommunen damit auch noch fertig werden müssen.

Für die Zukunft halte ich es jedoch für wünschenswert, einen anderen, längerfristig wirkenden Weg zur Verstetigung der kommunalen Schlüsselzuweisungen zu finden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Nach meiner Einschätzung ist ein Nachtragshaushalt dafür nicht der richtige Ort. Deshalb möchte ich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode mit Ihnen, also mit dem Parlament, und selbstverständlich auch mit den kommunalen Spitzenverbänden in einen Dialog eintreten. Ich freute mich, wenn es gelänge, ein gemeinsames Konzept zur Verstetigung der kommunalen Schlüsselzuweisungen im Interesse unserer Kommunen zu entwickeln. Lassen Sie uns dar-

über einmal nachdenken; ich habe dazu bestimmte Vorstellungen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich komme zu dem anderen Punkt, den der Finanzminister nicht angesprochen hat: Das ist die Anpassung bei den Hartz-IV-Regelungen. Zunächst ist der Betrag zur Entlastung des Landes beim Wohngeld aufgrund neuerer Erkenntnisse von 405 auf 450 Millionen € angehoben worden. Das werden sicherlich alle begrüßen. Außerdem hat die Landesregierung die Verteilung der Wohngeldentlastung und des Betrages für den Ausgleich Ost aus dem Steuerverbund und dem SBG herausgelöst; sie sieht jetzt vor, dass diese Mittel den Aufgabenträgern nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch nun unmittelbar zufließen.

Verteilt werden so saldiert 230 Millionen € nach folgendem Maßstab: Zahl der Sozialhilfeempfänger und Zahl der Arbeitslosenhilfeempfänger, gewichtet nach dem örtlichen Mietniveau, wie es sich aus dem Wohngeldgesetz des Bundes ergibt.

Meine Damen und Herren, wir lösen damit unsere Zusage ein, die Entlastungen durch Hartz IV beim Wohngeld an die Kommunen weiterzugeben. Darüber hinaus gewinnen wir durch die jetzt veränderten Verteilungsregelungen an Transparenz. Dann ergibt sich aus dem Gesetz, welchen Entlastungsbetrag jeder einzelne Kreis und jede kreisfreie Stadt tatsächlich erhält.

Ich bin mir sicher, dass wir mit diesen Änderungen im Zusammenhang mit Hartz IV für das Jahr 2005 - im Jahre 2006 wird es anders geregelt werden, das wissen Sie - eine gerechte und eine aufgabenadäquate Übergangsregelung getroffen haben. Denn - das wissen Sie - ab dem Jahre 2006 wird das Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches für das Land Nordrhein-Westfalen der Ort sein, an dem die Verteilungsregelung stattfindet. Dann wird es nicht mehr das GFG sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Innenminister. - Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Dr. Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung legt heute den zweiten Nachtragshaushalt vor. Das ist die dritte Haushaltsdebatte in diesem Jahr. Ich habe so etwas in meiner parlamentarischen Zeit noch nie erlebt.

Vor einem Jahr hat der Finanzminister einen Doppelhaushalt vorgelegt, weil er die Wahrheit über die finanzielle Situation des Landes verschweigen wollte. Jetzt machen wir die dritte Debatte über den Haushalt. Er muss zum zweiten Mal einen Offenbarungseid leisten. Er muss zum zweiten Mal zugeben: Seine Zahlen waren falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Bereits vier Monate nach der Verabschiedung des Doppelhaushaltes wurde die Nettokreditaufnahme um fast 1 Milliarde € erhöht, jetzt folgen weiter 830 Millionen € zusätzliche Schulden. Meine Damen und Herren, insgesamt 6,9 Milliarden € neue Schulden sind eine finanzpolitische Katastrophe.

(Beifall bei der CDU)

Diese Schulden sind eine ungeheure Hypothek für die Zukunft unserer Kinder. Ich frage Sie: Wie können Sie eigentlich mit dieser Schuld weiter regieren, Herr Steinbrück?

(Beifall bei der CDU)

Es war nicht nur Unfähigkeit, die dazu geführt hat. Die Landesregierung hat die Haushaltslöcher systematisch falsch geschätzt und vorsätzlich verschleiert. Das sagt übrigens auch der Bund der Steuerzahler.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben den Landtag und die Öffentlichkeit bewusst getäuscht. Was soll man Ihnen eigentlich noch glauben, Herr Dieckmann?

(Beifall bei der CDU)

Herr Steinbrück, Sie sind der größte Schuldenmacher in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Was Sie hier machen, ist zutiefst unmoralisch. Das ist mehr als kreative Buchführung. Das ist politische Bilanzfälscherei!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

Die Landesregierung begründet ihre Fehleinschätzungen mit nicht vorhersehbaren Steuerausfällen. Das, meine Damen und Herren, ist eine doppelte Lüge.

Die CDU-Fraktion hat Ihnen bereits Anfang Mai 2004 vorgerechnet, dass Ihre Prognosen falsch sind. Unsere Rechnung weicht von Ihrem heutigen Ansatz um 100 Millionen € ab. Unsere Zahl war fast bis auf den Punkt richtig. Ihre Schätzung lag um mehr als 1,8 Milliarden € daneben. Wer sich so verrechnet, ist als Finanzminister ungeeignet.

(Beifall bei der CDU)

Die Neuverschuldung ist im Jahre 2004 fast doppelt so hoch wie von der Landesverfassung erlaubt. Es liegt auch keine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vor, wie Sie behaupten. Angesichts eines Wirtschaftswachstums von 1,3 % in Nordrhein-Westfalen, einer nicht vorhandenen Inflation und einem starken Export ist es wirtschaftspolitisch und rechtlich unzulässig, eine Störung ausschließlich mit der vorhandenen Massenarbeitslosigkeit zu begründen.

(Beifall bei der CDU - Lothar Hegemann
[CDU]: So ist es!)

Auch der Haushalt 2005, meine Damen und Herren, besteht aus Tricksen und Täuschen. Statt die November-Steuerschätzung jetzt eins zu eins umzusetzen, manipulieren Sie wieder einmal die Zahlen. Sie veranschlagen die Steuereinnahmen wiederum um 350 Millionen € zu hoch. Hätten Sie die offizielle Steuerschätzung realistisch eingearbeitet, wäre klar, dass auch der Haushalt 2005 wiederum verfassungswidrig ist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Steinbrück, Sie haben uns einmal - können Sie sich daran noch erinnern? - ein Konzept vorgelegt, das hieß: Erfolgreich sparen für die Zukunft unserer Kinder. Das ist dreimal falsch: Sie sparen nicht. Sie verspielen die Zukunft der Kinder. Und Sie sind erfolglos.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es schon rührend, wenn uns Herr Dieckmann, wie gerade, zu erklären versucht: "Ich weise den Vorwurf zurück, wir würden nicht sparen." 5,15 Milliarden € Schulden wollten Sie aufnehmen. Jetzt nehmen Sie 6,9 Milliarden € auf. Wenn Sie das Sparen nennen, dann verstehe ich, warum Ihnen alle Zahlen aus dem Ruder laufen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das politisch Schlimme neben der Tatsache, dass Sie eine ungeheure Erblast auf die Schultern unserer Kinder laden, ist, dass Sie noch nicht einmal versucht haben, das strukturelle Haushaltsdefizit zu beseitigen. Alles, was Ihnen einfällt, ist, neue Schulden zu machen. Sie wissen nicht mehr weiter, meine Damen und Herren von der Regierung.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Herr Dieckmann sagt, wir hätten kein Ausgabeproblem, sondern ein Einnahmeproblem, dann zeigt er, wie sehr er als Sozialdemokrat in der Verdrängung geübt sein muss. Sie sitzen jetzt

genau in der Schuldenfalle, die Sie selbst herbeigeführt haben. Egal, was Sie machen: Die Schulden steigen. Lassen Sie es sein! Das ist schlichtweg die politische Konsequenz.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Politik zerstört die Hoffnung, dass es in Nordrhein-Westfalen wieder aufwärts geht. Ihre Politik lähmt die Kraft, die in unserem Land steckt. Ihre Politik verhindert den wirtschaftlichen Aufschwung. Kurz: Sie sind mit Ihrer Politik am Ende.

(Beifall bei der CDU)

Das hat Auswirkungen auf fast alle anderen Politikbereiche. Wenn das Land an jedem Tag 13 Millionen € an Zinsen bezahlen muss - das ist so viel, wie man für zwei Grundschulen oder vier Kindergärten braucht -, dann hat es zwangsläufig für Investitionen und für Innovationen kein Geld mehr. Dann geht es nicht aufwärts, sondern abwärts.

Haben Sie sich eigentlich schon einmal überlegt, Herr Steinbrück, warum Ihnen all Ihre großartigen Ankündigungen am Beginn Ihrer Amtszeit als Ministerpräsident wie Sand in den Händen zerronnen sind?

Das hat etwas damit zu tun, dass Sie für die größte Massenarbeitslosigkeit stehen, die Nordrhein-Westfalen nach dem Zweiten Weltkrieg überhaupt erleben musste. Wenn Sie so weitermachen, dann wird es in diesem Winter in Nordrhein-Westfalen 1 Million Arbeitslose geben. Ich frage Sie: Wie können Sie mit dieser Zahl überhaupt weiterregieren, Herr Steinbrück?

(Beifall bei der CDU)

Sie haben keine Wirtschaftspolitik, jedenfalls keine, die den Namen verdient. Wissen Sie eigentlich, in welchen Schwierigkeiten sich unsere Unternehmen befinden, vor allen Dingen die Mittelständler und das Handwerk? Wissen Sie eigentlich, welche Betriebe an Abwanderung denken? In sechs Jahren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, hat dieses Land fünf Wirtschaftsminister gehabt; in diese Zahl habe ich sogar noch Herrn Schartau eingerechnet. Schlechter kann man es nicht machen.

Statt die Standortbedingungen zu verbessern, verschlechtert diese Regierung sie. Die Regierung schreckt Investoren etwa durch höhere Steuern wie die neue Wassersteuer und durch andauerndes Reden über die Einführung von neuen Erbschaftssteuern oder einer neuen Vermögensteuer ab. Herr Dieckmann, Sie werden es nie kapieren: Wenn Sie die Steuersätze senken, dann steigen

die Steuereinnahmen. Das ist die Antwort, die eine moderne Wirtschaftspolitik gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

- Sie können hier in buchhalterischer Manier herumbrüllen, Herr Rimmel, wie Sie wollen. Sie sehen doch, dass Sie es mit der Buchhaltung nicht schaffen.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Sie wollen den Staat kaputt machen!)

Sie brauchen mehr Wachstum; aber Sie machen das Wachstum kaputt. Keine Ahnung von Wirtschaftspolitik! Depression, das Zeichen der Hoffnungslosigkeit, verkörpern Sie und die Damen und Herren rechts von mir auf der Regierungsbank.

(Beifall bei der CDU)

Sie werden uns doch nicht erklären wollen, dass die Tatsache, dass Sie dauernd Schulden machen und Zinsen über Zinsen zahlen, für die Konjunktur gut ist. Das würgt die Konjunktur ab. Das ist die Schuldenfalle, in die Sie unser Land geführt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt einen Investitionsstau von 20 Milliarden €. Hätten Sie das Geld für Investitionen, könnten Sie den Betrieben helfen und Handel, Handwerk und Gewerbe Aufträge geben. Dann ginge es wieder aufwärts. Stattdessen zahlen Sie das Geld an die Banken. Damit bringt man die Konjunktur nicht wieder nach oben.

(Beifall bei der CDU)

Dass Sie keine Ahnung von Wirtschaftspolitik haben, ist allseits bekannt.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Das größte Hindernis für Investoren ist und bleibt die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, als ich in dieser Woche in der Zeitung gelesen habe, dass wiederum drei leere Hämterbauten Milliardeninvestitionen beim BoA-Block in Neurath verhindern, habe ich gedacht, dass dies alles nicht wahr sein darf. Drei Jahre haben wir über das neue Gewerbegebiet in Herzogenrath diskutiert. Es hat Millionen gekostet, darüber hinwegzukommen. Jetzt passiert beim Kraftwerkserneuerungsprogramm wieder dasselbe.

Wer so etwas zulässt, treibt die Investoren aus dem Land. Ich frage Sie, warum Sie so etwas nicht ändern; es ist doch schon zum zweiten Mal passiert und hätte längst geändert werden können.

(Beifall bei der CDU)

Wie kann es kommen, dass unser Bildungssystem allenfalls Mittelmaß ist? Wir haben gute Lehrer; unsere Kinder sind nicht dümmer als in den anderen Bundesländern. Warum haben wir eigentlich bei der neuen PISA-Studie wieder so schlecht abgeschnitten?

(Ralf Jäger [SPD]: Weil Sie so gut rechnen können!)

Nichts wird wirklich besser, obwohl die Kultusministerin es dauernd behauptet.

(Lachen auf der Regierungsbank)

- Auch das ist eine Frage der Mathematik, Herr Steinbrück. Wenn in Deutschland die Zahlen so sind, wie sie sind - das können Sie in allen Zeitungen nachlesen -, dann kann es beim größten Bundesland nicht plötzlich nach oben gehen. Das ist nichts weiter als eine Frage von Mathematik.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist so ähnlich wie bei Ihrem Steuerrecht!)

Warum verhindern Sie es eigentlich, dass bei uns die regionalen Zahlen wie in Kanada mit auf den Tisch gelegt werden? Da will man sich auch wieder über die Landtagswahl retten, um die Menschen dumm zu halten. Das ist es, was Sie machen: tricksen und täuschen!

(Beifall bei der CDU)

Das hat einfach damit zu tun, dass Sie bei den Fundamentaldaten in der Bildungspolitik das Gegenteil dessen tun, was Sie selber angekündigt haben. Im Jahre 2003 gab es an unseren Schulen 2.500 Lehrer weniger als 2002; das hat das Statistische Landesamt festgestellt.

(Edgar Moron [SPD]: Der kann Teilzeit- und Vollzeitstellen nicht unterscheiden! So viel zum Thema Rechnen!)

Wer weniger Lehrer einsetzt, der trägt die Verantwortung für den massenhaften Unterrichtsausfall an unseren Schulen. Wenn unsere Kinder noch nicht einmal den Unterricht erteilt bekommen, auf den sie einen Anspruch haben, dann muss man sich nicht wundern, wenn das Ergebnis bei der PISA-Untersuchung schlecht ausfällt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben einen Numerus clausus für Lehramtsbewerber eingerichtet. Wir haben Sie gewarnt, dass es dazu kommt. Jetzt müssen Sie den Fehler im Haushalt korrigieren und 1,7 Millionen € für die Referendare bereitstellen. Mit weiteren 8,3 Millionen € für die offene Ganztagschule macht das zusammen 10 Millionen €. Genau diese 10 Millionen € kürzen Sie im selben Haushalt beim Programm "Geld statt Stellen". Das entspricht 200 Lehrerstellen. Zusätzlich streichen Sie bei den Gymnasien und Gesamtschulen 275 Lehrerstellen. Das nennen Sie Priorität für die Bildung. Ich nenne das Bildungsabbau.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die dichteste Hochschullandschaft in Deutschland und Europa. Nach den Rankings von CHE, "Focus" und "Spiegel" liegt keine Hochschule in Nordrhein-Westfalen an der Spitze; alle sind nur Mittelmaß. Solange die Universitäten in unserem Land die Studenten nicht selber aussuchen dürfen

(Ministerin Hannelore Kraft: Dürfen sie doch! Sie tun es nur nicht!)

und solange sie keine Studiengebühren erheben dürfen, wird sich daran nichts ändern. Sie blockieren die Reform unserer Hochschulen; das ist die Wahrheit. Stillstand, Stillstand, Stillstand aus ideologischen Gründen!

(Beifall bei der CDU)

Ihre Regierung ist nicht in der Lage, das Bildungssystem in Ordnung zu bringen.

Die Aufklärungsquote bei der Verbrechensbekämpfung wird immer niedriger. Der Innenminister kündigt die Ausstattung der Polizei mit moderner Technik an und kürzt jetzt die Mittel beim digitalen Polizeifunk. Die Menschen werden während der Fußballweltmeisterschaft zu Hunderttausenden zu uns kommen und unsere Polizisten müssen mit dem eigenen privaten Handy die Verstärkung herbeirufen. Das ist, verdammt noch einmal, kein anständiger Umgang mit unserer Polizei, Herr Innenminister. Aber das ist die Lage.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch von Minister Dr. Fritz Behrens)

Es sind immer die anderen schuld. Herr Behrens, wenn immer nur die anderen schuld sind, dann treten Sie doch ab. Dann können Sie nichts mehr machen und sind überflüssig. So einfach ist das.

(Ministerin Hannelore Kraft: Das hätten Sie wohl gerne!)

Ihnen folgt keiner. Als Minister muss man aber sicherstellen, dass einem jemand folgt, ansonsten ist man genauso wie Sie erfolglos. Das ist das Problem.

Nordrhein-Westfalen steht im Stau. Der Kanzler verspricht Ihnen Geld für den Metroexpress. Ihr Verkehrsminister muss Unterzeichnungstermine für eine Erklärung mit der Bundesbahn verschieben, weil kein Geld da ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen, diese Liste lässt sich verlängern. Es ist immer dasselbe und immer derselbe Grund: Die Kraft zum Umsteuern ist nicht mehr da. Rot-Grün ist mit seinem Latein am Ende. Die gesamten Steuereinnahmen des Landes gehen inzwischen für Personalkosten, Zinsen und gesetzliche Leistungen drauf. Für Investitionen bleibt nichts mehr übrig. Investieren kann das Land nicht mehr in Zukunft, sondern nur noch auf Pump.

Herr Steinbrück, Ihre Zeit geht zu Ende. Darin liegt die Hoffnung für dieses Land.

(Lachen bei der SPD)

Im Mai gibt es eine neue Regierung und wieder neue Hoffnung. Dann kommt Nordrhein-Westfalen wieder.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall von Marianne Thomann-Stahl [FDP])

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Dr. Rüttgers. - Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Moron.

(Beifall bei der SPD und von Edith Müller [Grüne])

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wahlkampf ist eröffnet.

(Beifall bei der SPD)

Herr Rüttgers, das war eine Wahlkampfredde, wenig sachlich, wenig zum Haushalt, mit viel Polemik und Unterstellungen, ein paar Beleidigungen, dem Gegner mal vors Schienbein getreten. Wahlkampf ist angesagt. Wenn Sie das wollen, Herr Rüttgers, dann sollen Sie es haben. Wenn Sie hier Wahlkampf hineintragen wollen: Warum nicht? - Dann tun wir das. Zum Haushalt wird nachher meine Kollegin Frau Walsken etwas sagen. Ich will mich jetzt mit Ihnen auseinander setzen, Herr Rüttgers.

(Lachen bei der CDU - Unruhe - Glocke)

- Nur die Ruhe, meine Damen und Herren. Hier ist ein Oppositionsführer Rüttgers aufgetreten, der - wenn Sie genau zugehört haben; das haben Sie, haben Sie doch teilweise sogar applaudiert -, versucht hat, den Eindruck zu erwecken, es wäre alles so gut in diesem Land, wenn Sie nur dürften. Es wäre wunderbar, wenn Sie nur dürften!

(Demonstrativer Beifall bei der CDU - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Besser!)

Aber, meine Damen und Herren, die Wählerinnen und Wähler lassen Sie nicht.

(Zuruf von der CDU: Abwarten!)

Seit fast vier Jahrzehnten hat die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in diesem Land in Sie und Ihre Partei kein Vertrauen gesetzt. Wir haben diese Mehrheit doch nicht etwa geschenkt, sondern wir haben sie von den Menschen dieses Landes verliehen bekommen, weil sie genau wussten, dass wir dieses Land besser regieren können als Sie, und weil das, was Sie machen, leere Versprechungen sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Finanzminister hat mit einem Finger auf das Problem gezeigt, vor dem wir heute stehen. Falls das jemand noch nicht weiß: Wir sprechen heute über den Nachtragshaushalt.

Der Finanzminister hat, meine Damen und Herren von der Opposition, Sie und uns gemeint, als er sagte: Wir haben kein Ausgabenproblem. - Ich will Ihnen gleich erklären, warum das so ist. Sie sind doch bisher gegen jede Ausgabenkürzung gewesen. Jetzt jammern Sie nur nicht herum. Wir haben kein Ausgabenproblem, nein, wir haben ein Einnahmeproblem. Das ist doch richtig.

Die Probleme, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, haben Ihre politischen Freunde in Niedersachsen, in Hessen, in Baden-Württemberg und Bayern - ich will nur einige nennen - genauso. Herr Rüttgers, die setzen sich dort im Übrigen auch mit einer Opposition auseinander, die manchmal vielleicht so argumentiert wie Sie hier. Das, was Sie hier gehalten haben, war eine Oppositionsrede. Das machen Sie seit 40 Jahren.

Aber aus dieser Rolle, nicht konstruktiv an der Bewältigung der Probleme zu arbeiten, sondern nur anzuklagen, haben Sie niemals eine Mehrheit gewinnen können und werden das auch in Zukunft nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Natürlich haben wir ein Problem. Der Finanzminister sagt: Wir haben ein Einnahmeproblem. - Ich gehe sogar ein Stück weiter: Es gibt auf Bundesebene eine Reihe von Ausgaben, die uns ebenfalls treffen, weil wir sie mitfinanzieren müssen, und die mit dem Stichwort "Subventionen" verbunden sind. Diese Subventionen müssten wir dringend abbauen, können das aber nicht, weil dies eine Blockademehrheit im Bundesrat, nämlich Ihre Freunde, verhindert.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn wir nicht Steuern wie die Mehrwertsteuer erhöhen wollen - Ihr Parteifreund Merz hat gemeint, dass wir das tun sollten -, dann müssen wir Ausgaben kürzen. Aber in unserem Landeshaushalt haben wir viele Ausgabenkürzungen vorgenommen, die Sie alle bekämpft haben. Sie haben keine ernsthaften Gegenvorschläge gemacht. Weiter gehende Kürzungsvorschläge kommen von Ihnen nicht, jedenfalls keine, die belastbar wären.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie gebracht haben, sind doch alles Luftblasen. Dann bleibt uns doch nur noch übrig, Subventionen zu kürzen.

Fragen wir einmal: Wie sieht es bei der Pendlerpauschale aus? Bei Ihnen: Njet! Wie Chrustschow damals: Njet!

Wie sieht es bei den Subventionen für die Landwirtschaft aus? - Kommt überhaupt nicht infrage! Subventionen für die Landwirtschaft? - Die sind sakrosankt, heilig.

Dann reden wir über die Eigenheimzulage: Nein, die wird nicht gekürzt. Die Eigenheimzulage muss unter allen Umständen bleiben. Vielleicht können wir im Gegenteil bei den Investitionen für den Mietwohnungsbau kürzen, aber bei der Eigenheimzulage auf gar keinen Fall, obwohl jeder weiß, dass das so ziemlich die dümmlichste Zulage ist, die wir im Augenblick im Bundeshaushalt haben.

Überall sind Sie dagegen. Und bei der Vermögensteuer, die fast jeder europäische Staat hat, und der Erbschaftsteuer, die bei uns völlig überholt ist, sagen Sie im Bundesrat: Njet! - An der Stelle klingen Sonthofen und Franz-Josef Strauß durch. Das ist die klassische Sonthofen-Strategie nach dem Motto: Es muss alles nur viel schlechter werden, dann haben wir vielleicht eine Chance, wieder an die Regierung zu kommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ihnen sind Ihr parteipolitisches Wohl und Ziel wichtiger als die des Landes und des Bundes. Das sage ich Ihnen hier ganz deutlich. Es geht nur um Sie und nicht ums Land.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir machen uns keine großen Sorgen: Am 22. Mai werden die Wählerinnen und Wähler entscheiden. Ich sage Ihnen ganz offen: Wir gehen nicht übermütig und arrogant, nein, konzentriert und mit konzentrierter Arbeit in die Wahlauseinandersetzungen. Ich bin ganz sicher: Der Ministerpräsident, der jetzt hier sitzt, wird auch nach dem 22. Mai noch auf diesem Platz sitzen, nicht Sie, Herr Rüttgers.

(Beifall bei der SPD und von Edith Müller [Grüne])

Um es klar zu sagen: Sie haben keine Lösungen für die Probleme unseres Landes. Die Menschen werden bei einer Wahl niemals Dankbarkeitsadressen ausstellen. Sie haben Erwartungen in die Zukunft. Sie fragen die einzelnen Parteien natürlich zu Recht: Was kann ich erwarten, wenn ich euch wähle?

Da sind unsere Konzepte besser. Das, was wir hier machen, ist realistischer. Bei dem, was Sie vorgeschlagen haben - auch vor kurzem bei Ihrer Klausurtagung auf dem Petersberg -, handelt es sich zum großen Teil um Wolkenkuckucksheime. Als Sie sich das da oben aufgeschrieben haben, waren Sie kurz unter der Wolkendecke. Das alles trägt nicht sehr viel weiter.

Was Sie wirklich vorschlagen, merkt man, wenn man sich nur einmal den Streit anschaut, den Sie um die Reform des Gesundheitswesens in Deutschland haben: einen monatelangen Streit, der dann dazu führt, dass der zweite stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sein Amt niederlegt. Nachdem Herr Seehofer gegangen ist, ist der auch weg.

(Michael Breuer [CDU]: Was wollen Sie denn?)

Sie legen uns ein Modell vor, von dem selbst Herr Merz sagt: Das einzig Gute an diesem Modell ist, dass es nie verwirklicht wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die FDP macht sich dann auch noch darüber lustig. Sie macht noch Plakate daraus - auf Ihre Kosten. So viel zum künftigen gewünschten Partner in der Politik! Solche Freunde muss man haben. Da kann ich nur sagen: Vielen Dank.

(Michael Breuer [CDU]: Wo ist Ihr Konzept?)

Meine Damen und Herren, Sie erzählen uns, Sie wollten sparen und dazu beitragen, dass unsere Haushalte saniert werden. Verschuldung sei doch ein Unding. Eine solche Partei verspricht dann eine Kopfpauschale in veränderter Form, die zusammen mit der Steuerreform zu Mehrbelastungen von 25 Milliarden € führen wird. 22 Milliarden € wollen Sie für die Anrechnung der Kindererziehungszeiten ausgeben, 19 Milliarden € für mehr Kindergeld und 12 Milliarden € für mehr Mindestrente.

Keiner von Ihnen sagt aber, wie das finanziert werden soll. Ein solcher Mann stellt sich dann hin und sagt: Ich bin finanziell solide; ich kann rechnen. - Das glaubt Ihnen doch kein Mensch. Wer solche Versprechungen macht, die er niemals einhalten kann, der täuscht die Leute. Da zitiere ich Sie jetzt einmal. Das ist Täuschung der Menschen. Und damit werden Sie nicht erfolgreich sein.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen, meine Damen und Herren: Durch besondere Prinzipientreue ist Herr Dr. Rüttgers ja auch noch nicht aufgefallen. Von Standfestigkeit redet im Zusammenhang mit ihm auch niemand.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Im vergangenen Jahr hatten wir vor dem Landtag die größten Demonstrationen der Nachkriegsgeschichte. Wir haben das nicht gerne gesehen; das hat uns sehr wehgetan. Diese Demonstrationen standen im Zusammenhang mit der Beratung des Doppelhaushaltes 2004/2005.

(Michael Breuer [CDU]: Herr Moron, wo ist denn Ihr Konzept?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damals haben wir, die Koalitionsfraktionen, uns zusammen mit der Landesregierung einer schwierigen Diskussion und Haushaltslage gestellt. Wir haben die Haushalte 2004 und 2005 dramatisch gekürzt. Beispielsweise haben wir die 41-Stunden-Woche für Beamte eingeführt. Wir haben das Urlaubsgeld gestrichen. Wir haben auch das Weihnachtsgeld reduziert. Wir haben die Förderprogramme im Jahre 2004 um 20 % und im Jahre 2005 um 40 % gekürzt.

Wo waren Sie da eigentlich? Immer dagegen! Sie waren draußen bei den Demonstranten und haben gesagt: Wenn ich darf, kommt alles nicht infrage; nein, mit mir nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Menschen sind sehr viel sensibler, als Sie glauben. Sie merken, dass das nicht stimmt. Hinter den Landesgrenzen - in Hessen, in Niedersachsen, in Bayern und in Baden-Württemberg, um nur diese vier Länder zu nennen - haben die dortigen Ministerpräsidenten von CDU und CSU Vorschläge eingebracht und durchgesetzt, die noch weiter gegangen sind als das, was wir in Nordrhein-Westfalen gemacht haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie haben die 42-Stunden-Woche eingeführt. In Hessen wurden 1.000 Lehrer rausgeschmissen, während wir 1.000 eingestellt haben.

Meine Damen und Herren, die Menschen sind doch nicht blöd. Sie merken doch ganz genau, dass Sie ihnen nach dem Munde reden, es aber nicht ehrlich meinen. Da haben Sie Ihr Problem, Herr Dr. Rüttgers. Es ist die Frage: Steht der Mann zu dem, was er sagt? Kann man ihm glauben?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Ich versichere Ihnen, dass die Menschen sagen: Nein; wir glauben ihm nicht. - Und das ist Ihr Problem.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ja, wir haben eine schwierige Haushaltsoperation hinter uns. Wenn wir dies nicht gemacht hätten, wäre die Finanzlage des Landes noch sehr viel dramatischer, als sie jetzt ist. Wir haben gekürzt. Wir haben aber gleichzeitig, wenn wir gekürzt haben, noch politische Schwerpunkte gesetzt. Die Schwerpunkte haben wir in der Jugendarbeit und in der Schularbeit gesetzt.

(Widerspruch bei der CDU)

- Doch, wir haben 1.000 Lehrer eingestellt. Außerdem haben wir die Pflichtstundenzahlerhöhung der Lehrerinnen und Lehrer dazu benutzt, dass mehr Unterricht geleistet wird, und nicht wie in anderen Bundesländern dazu, dass die Haushalte entlastet werden.

Darüber reden Sie nicht. Sie brauchen uns gar nicht zu loben. Sie sollten aber wenigstens die Fakten zur Kenntnis nehmen. Das tun Sie aber auch nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden in den nächsten Jahren sicherlich immer weiter vor größeren schwierigen Haushaltssituati-

onen stehen. Es wird darauf ankommen, dass wir uns gemeinsam der Ernsthaftigkeit dieser Situation bewusst werden. Ich schließe uns nicht aus. Wir machen auch nicht immer alles richtig. Welche Partei macht das schon? Keine!

(Demonstrativer Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

- Sie vielleicht. Im politischen Feld spielen Sie aber eine nachgeordnete Rolle.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Keiner von uns macht immer alles richtig. Wir müssen uns aber darum bemühen, die Probleme, die dieses Land hat, gemeinsam zu lösen. Es gibt auch vieles, was wir gemeinsam tun können. Nach dem Motto "Dem einen nach dem Munde reden und hier etwas anderes fordern" geht es aber nicht.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie können nicht draußen mit den Studenten gegen Studiengebühren demonstrieren, wie Sie es getan haben, Herr Dr. Rüttgers, und diese Gebühren jetzt hier fordern.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Ein Lügner sind Sie!)

Das geht nicht. Das ist unehrlich.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Pfui!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, genauso unfair und unehrlich ist es, zu sagen, wir müssten sparen, und gleichzeitig ---

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Sie lügen! Das ist das, was Sie machen!)

- Sie müssen es sich schon gefallen lassen, dass man Ihnen den Spiegel vors Gesicht hält, wenn Sie sich so verhalten, wie Sie sich verhalten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich akzeptiere das nicht mehr. Wir haben gespart. Ja, verdammt noch mal, das war zum großen Teil schwer.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben eingespart.

(Zuruf von Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Indem wir Ausgaben gekürzt haben, Herr Linssen, Sie Oberstrategie.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, großer Oberstrategie. - Meine Damen und Herren, wir haben Haushaltskürzungen vorgenommen. Sie von der CDU haben mehr gefordert: 50 Millionen € für Ersatzschulen und Weiterbildung, 790 Millionen € für den Ausbau eines so genannten echten Ganztagserschulsystems, 280 Millionen € für ein Sonderprogramm für Verkehrsinfrastruktur, 1 Milliarde € für den Verzicht auf die Wasserabgabe

(Helmut Stahl [CDU]: 1 Milliarde €?)

- 150 Millionen €. Aber das bringt ihr auch noch fertig; da kennt ihr ja keine Grenzen. - Weiterhin haben Sie gefordert: 300 Millionen € für ein Programm für Wachstum und Beschäftigung, 750 Millionen € für eine Reduzierung der Schattenhaushalte, 250 Millionen € für Investitionen in den Kommunen, 1 Milliarde € für ein Baukonjunkturprogramm für junge Familien und 120 Millionen € jährlich für 1.500 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer.

(Zurufe von der CDU)

Das alles sind Originalanträge dieser Opposition. Und dann spricht sie von Sparen. Lachhaft!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bei einer solchen Politik ist es kein Wunder, dass die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt:

"Das Problem der CDU in Nordrhein-Westfalen hat einen Namen: Jürgen Rüttgers."

(Beifall bei der SPD)

Das ist so bei dieser Art von Unglaubwürdigkeit. Sie hängen Ihr Mäntelchen nach dem Wind. Das ist vielleicht manchmal bequem, aber politisch falsch.

Es ist schon erstaunlich, was die "Aachener Nachrichten" vom 22. November 2004, also vor drei Tagen, geschrieben haben:

"Sein"

- damit ist Jürgen Rüttgers gemeint -

"manisches Taktieren und Lavieren haben dessen Glaubwürdigkeit massiv beschädigt."

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

So ist es, Herr Dr. Rüttgers. - Weiter heißt es in den "Aachener Nachrichten", die uns zugegebenermaßen nicht ganz so nahe steht wie vielleicht einer anderen großen Partei:

"Wer bei Hartz IV wegen sozialer Unausgewogenheit eine 'Generalrevision' fordert und dann

einem innerparteilichen Gesundheitskompromiss zustimmt, der ein Drittel der Bevölkerung zu Bedürftigen erklärt, der hat seinen Werte-Kompass verloren."

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

So ist das, Herr Rüttgers. Dem ist wenig hinzuzufügen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Aber ich will noch einen Schritt weitergehen, Herr Dr. Rüttgers. Sie haben sich einen Berater genommen, der Sie in Medien- oder Wahlkampffragen beraten soll und der Sie in der Vergangenheit sehr aufmerksam beobachtet hat: Herrn Spreng, der frühere Chefredakteur von "Bild am Sonntag". Ich glaube, es kaum jemanden, der in solcher Offenheit auf die Defizite, die bis heute ausstrahlen und für Sie typisch sind, hingewiesen hat und in solcher Offenheit darauf aufmerksam gemacht hat, wie Sie sind.

(Zuruf von der CDU: Sagen Sie einmal etwas zum Haushalt!)

Herr Spreng, Ihr medienpolitischer Berater, hat am 30. April 2000 in "Bild am Sonntag" gesagt, dass Sie, Herr Rüttgers, damals "den dümmlichen Reim 'Kinder statt Linder' formuliert haben und den nicht minder primitiven Satz 'Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderer'".

(Zuruf von der CDU: Das ist doch Quatsch!)

Herr Spreng sagte damals weiter:

"Diese Aussagen"

- die er als dümmlich und primitiv bezeichnet hat -

"beweisen nur die blanke Verzweiflung eines Politikers, der vor seinem drohenden Karriereende steht."

Dem sind Sie einen Schritt näher gekommen, Herr Rüttgers.

(Beifall bei der SPD)

Der Mann, der Sie so aufmerksam beobachtet und kommentiert hat, hat in dem gleichen Kommentar abschließend geschrieben, und den Satz müssen Sie sich gefallen lassen, weil ich glaube, dass er für die Art, wie Sie Politik machen, sehr typisch ist:

"Rüttgers entschuldigt sich damit, dass er doch nur dem Wählerwillen folge. Nach Meinungsumfragen sei eine Mehrheit gegen die ausländischen Computerspezialisten. Wer so argumentiert, macht sich als gestaltender, verantwortungsvoller Politiker überflüssig."

Genau das ist Jürgen Rüttgers auch.

(Beifall bei der SPD)

Wir nehmen Ratschläge gerne entgegen. Wir sind dankbar für jeden, der mit uns gemeinsam Verantwortung tragen will. Von populistischen Forderungen nach dem Motto "Wir versprechen alles, halten müssen wir es ja nicht", meine Damen und Herren, halten wir ganz wenig.

(Beifall bei der SPD)

Das hilft uns nicht weiter, dem Land nicht, der Politik nicht und der Glaubwürdigkeit von Politik nicht.

(Zuruf von der CDU: Solche Reden auch nicht!)

Deshalb werden wir diesen Nachtragshaushalt gemeinsam fachlich beraten. Ich gehe davon aus, dass wir ihn auch so verabschieden werden. Vielleicht gibt es an der einen oder anderen Stelle kleinere Korrekturen. Das ist in einem deutschen Parlament nie ausgeschlossen; das ist auch richtig so. Im Übrigen gehen wir nach Ihrer Rede, Herr Rüttgers, mehr als zuversichtlich in die von Ihnen eröffnete Wahlkampfauseinandersetzung.

(Ach-Rufe von der CDU)

Wir werden unseren Ministerpräsidenten hier wieder begrüßen, nachdem er wiedergewählt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Und Sie werden wieder dort sitzen, wo Sie sind - vielleicht auch nicht. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Moron. - Für die FDP erteile ich Herrn Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieder einmal eine Sternstunde der Demokratie in diesem Parlament, Herr Moron.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Diese Philippika zeigt ganz deutlich: Rot-Grün ist einfalllos, mutlos, hoffnungslos und kann ausschließlich durch Lautstärke versuchen, dies zu übertünchen.

(Beifall bei FDP und CDU - Lachen bei der SPD)

Ich mag mir gar nicht vorstellen, lieber Herr Kollege Moron, wie Ihre Rede zur dritten Lesung des Haushalts aussehen mag, die kurz nach Karneval stattfinden wird. Dann können Sie diese Büttenrede noch etwas anschärfen.

(Beifall bei der FDP)

Es tut mir ein bisschen Leid um die Zuhörer da oben. Wir sollten an dieser Stelle doch etwas zum Haushalt sagen, statt uns auf diesem Niveau, Herr Moron, das Sie heute gezeigt haben, auseinander zu setzen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2004 - ich betone: dem zweiten Nachtragshaushalt innerhalb weniger Monate - liegt uns nämlich - Sie haben geschickt versucht, den Ministerpräsidenten aus der Schusslinie zu nehmen - ein regierungsamtliches Dokument rot-grünen Versagens vor.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie sind denkbar kläglich gescheitert, mit der Aufstellung eines Doppelhaushalts einer ehrlichen Haushaltsdebatte vor der Landtagswahl auszuweichen - der klassische Fall eines untauglichen Versuchs. Wir sind wieder in der Debatte, die Sie verhindern wollten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Lächerlich!)

Sie wissen auch ganz genau, dass diese Debatte notwendig ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Angesichts der wirtschaftlich unsicheren Zeiten hatte ich Ihnen angeraten, jährliche Etats zu machen. Dann kommen Sie nicht in die Problematik, sich derart radikal zu verschätzen. Jetzt fallen Ihnen die Früchte Ihrer Beratungsresistenz auf die Füße, Herr Steinbrück.

(Lachen von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Das ist kein Grund zum Lachen, denn die massiven Fehleinschätzungen gerade auf der Einnahmeseite haben bei Ihnen inzwischen Tradition. Sie reden sich heraus, wenn Sie von einem Einnahmeproblem reden, das Sie durch falsche Schätzungen ja selber erst geschaffen haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Gehen Sie mit realistischen Zahlen in die Haushaltsdebatten! Wer bei jeder Steuerschätzung - im Mai und im November - seine Haushaltsansätze in Milliardenhöhe korrigieren muss, kommt nicht mehr mit der Ausrede durch, er habe unvorher-

sehbares Pech gehabt. Das, Herr Moron, glaubt nämlich auch kein Mensch mehr draußen. Eine derart unseriöse Finanzpolitik wird auch vom Bürger durchschaut. Dieses Finanzgebaren muss man in Analogie zu den Kategorien des Strafrechts zumindest als grob fahrlässig, ja sogar als leichtfertig einstufen.

Herr Steinbrück, ich kenne und schätze Ihren Sinn für Ironie und Sarkasmus. Deshalb sage ich sarkastisch: Es fehlt heute nur noch wie in 2002 die Überschrift zu Ihrer Haushaltsrede "Sparen für die Zukunft unserer Kinder". Die ehrliche Überschrift müsste lauten: "Hemmungslos verschulden auf Kosten unserer Kinder", meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Unter dem Vorwand des Sparens wird hier stets die Verschuldung dramatisch nach oben gefahren und nach außen verkündet, man sei für Generationengerechtigkeit - ein Schuldenrekord nach dem anderen auf dem Weg zum Schuldenolymp. Herr Steinbrück, Sie waren immer dabei - als Wirtschaftsminister, als Finanzminister und nun auch als Ministerpräsident. Sie sind mit großen Vorschusslorbeeren hier angekommen. Vom klaren, kühlen Kopf aus dem Norden war einst die Rede. Heute sind Sie in der NRW-SPD angekommen. So war es vor einigen Tagen zu lesen. Herzlichen Glückwunsch! Das mag Ihren Parteimitgliedern gefallen; dem Land hilft es jedoch nicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Denn Sie sind in einer Partei angekommen, die das Land seit 40 Jahren zugrunde regiert hat - erst alleine, dann mit erhöhtem Tempo und im Schulterchluss mit den Grünen, deren Nachhaltigkeitsgerede heute wieder einmal in bestechender Weise entlarvt wird. Sie sind in einer Partei angekommen, die für Stillstand steht und das Regieren verweigert. Dabei stehen Sie Herrn Schröder und Herrn Eichel in nichts nach. Sie haben das Regieren in Wahrheit eingestellt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ihre Reformrhetorik nimmt Ihnen keiner mehr ab. Sie reden schlau, aber das Dumme für die Menschen ist: Sie regieren schlecht. Die Schuldenpolitik dieser Landesregierung ist an Hemmungslosigkeit nicht mehr zu überbieten. Die Zahl der verfassungswidrigen Haushalte ist ein Beleg dafür.

Herr Moron konnte es wieder nicht lassen, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Herr Moron, unsere Konkurrenten in Bayern und Baden-Württemberg haben auch Haushaltsprobleme, aber auf deutlich niedrigerem Niveau. Im Gegen-

satz zu hier wird dort konsolidiert, meine Damen und Herren. Das ist der große Unterschied.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vergleichen Sie den Verschuldungsstand in Baden-Württemberg mit dem unseren. Schauen Sie sich an, wie Bayern in wenigen Jahren eine Null-Neuverschuldung haben wird. Das werden Sie in diesem Land nicht ansatzweise erleben, wenn Sie noch weiter die Verantwortung behalten.

Vor allem aber, das halte ich für das Allerschlimmste, ist diese rot-grüne Haushaltspolitik zutiefst unsozial und ungerecht. An dieser Stelle der Zeitung kann man auch lesen, dass Herr Steinbrück jetzt den Kuschel-Peer gibt und sagt: Wir müssen soziale Gerechtigkeit nach vorne transportieren,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Davon können Sie sich eine Scheibe abschneiden!)

wir dürfen nicht reformieren, das ist alles viel zu gefährlich. - Dazu kann ich nur sagen: Das, was Sie machen, ist unsozial und ungerecht auf Kosten der Zukunft unserer Kinder.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zu Ihren Methoden gehören Scheinprivatisierungen, Schattenhaushalte, verdeckte Rücklagen und immer wieder leichtfertig überhöhte Steuerschätzungen. Seit 1995, meine Damen und Herren - das darf man an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit wiederholen, weil das die grüne Verantwortung sehr schön deutlich macht -, haben Sie den Schuldenberg um fast 50 Milliarden erhöht. Sie machen damit doppelt so viele Schulden wie Zukunftsinvestitionen. Das muss man sich einmal vorstellen. Und das nennen Sie soziale, gerechte Politik?

(Manfred Palmén [CDU]: Herr Moron nennt das so!)

Die Ausreden für diese rot-grüne Schuldenpolitik werden immer dreister: Mal ist es die böse Weltwirtschaft, die gerade in diesem Jahr einen extrem großen Anstieg erlebt hat. Mal ist es die müde Binnenkonjunktur, für die Sie verantwortlich sind. Aber nie sind es Sie selber. Rot-Grün ist an allem nicht schuld. Alles ist gut, und was nicht gut ist, wird passend gemacht. Das ist Ihre Devise.

An dieser Stelle sage ich: Denken Sie einmal darüber nach, ob das nicht auch an Ihrer und der rot-grünen Politik in Berlin liegen kann. Die Berufung auf die Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ist schlicht unzuläs-

sig, meine Damen und Herren. Das ist im Bund wie in Düsseldorf so.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es ist ein Trick, mit dem Sie sich selber die hemmungslose Verschuldung gestatten, weil es dann, wenn Sie die Störung ausgerufen haben, keine Grenzen mehr gibt. Sie könnten ja spaßeshalber noch 5 Milliarden mehr aufnehmen. Das ginge auch. Warum nicht? Jetzt ist der Damm einmal gebrochen. Ich kann nur sagen: Das ist Politik gegen die Menschen im Land. Das ist unsozial und ungerecht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Konzepte zur Konsolidierung - das Wort fiel heute auch wieder beim Finanzminister - oder Sanierung der Landesfinanzen sind nicht einmal im Ansatz zu erkennen. Man wurschtelt sich durch - perspektivlos, ohne finanzpolitischen Kompass und ohne Vision. Die Menschen in NRW wollen aber wieder eine politische Führung mit Standfestigkeit und Sachkompetenz. Diese Landesregierung löst jedoch kein Problem.

Vor einigen Tagen war Rot-Grün in Berlin bei Klaus Wowereit - auch ein exzellenter Experte in Sachen Schuldenmachen. Man traf sich im Museum. Ja, meine Damen und Herren, da gehört Rot-Grün hin. Unser Land hat Besseres verdient.

(Beifall bei FDP und CDU)

Unser Land ist und bleibt ein starkes Land. Dennoch steckt es tief in der Krise. Es bleibt hinter den Möglichkeiten zurück. Das ist Ihre Verantwortung, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen in diesem Parlament.

Wir brauchen einen Neustart, der NRW wieder nach vorne bringt. Die Menschen sollen wieder stolz auf ihr Land sein. Dazu müssen wir Ihnen aber auch Mut machen und Wege aus der Krise aufzeigen.

Die rot-grüne Regierungsbilanz ist an dieser Stelle allerdings niederschmetternd. Sie haben viel versprochen und alles gebrochen - bald 110 Milliarden € Schulden, 900.000 Menschen in der Arbeitslosigkeit. Ich erinnere mich noch lebhaft an die Versprechungen, die damals schon hohe Zahl von 700.000 auf 500.000 abzusenken. Die Bilanz ist: Sie haben 200.000 mehr, und die Zahl wird am Anfang des nächsten Jahres steigen.

Meine Damen und Herren, dann kommen Punkte, die Sie gar nicht interessieren: Die kleinen und mittleren Betriebe gehen vor die Hunde. Sie gehen Pleite in einer nie da gewesenen Zahl: Binnen

eines Jahres sind 35.000 Arbeitsplätze im Handwerk weggefallen. Das interessiert Sie überhaupt nicht! An anderer Stelle kämpfen Sie nach wie vor für den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen in der Steinkohle. Das sind offensichtlich sakrosankte Arbeitsplätze. Die, die im Mittelstand wegfallen, tun Ihnen nicht weh.

Darum kümmern Sie sich nicht. Doch das ist ein dauerhafter Verlust an Zukunftsfähigkeit. Wir brauchen kleinere, wir brauchen mittlere Unternehmen, und die dortigen Arbeitsplätze haben Zukunft. Keine Subventionen in Vergangenheit, sondern Investitionen in die Zukunft - das ist unser Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Auch die PISA-Ergebnisse sind natürlich ein Ergebnis Ihrer Politik. 40 Jahre Bildungssozialismus sind natürlich am Ende mit diesem Ergebnis gekennzeichnet.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- Frau Löhrmann, Sie springen gleich wieder auf den Tisch. Das weiß ich. Sie gehören aber zu denen, die in den letzten zehn Jahren dafür Mitverantwortung getragen haben. Wer hat sich denn jahrelang und jahrzehntelang geweigert, Leistung anzuerkennen?

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wer wollte gar nicht wissen, dass man neben fördern auch fordern muss?

(Beifall bei FDP und CDU)

Wer wollte das alles nicht wissen? Heute wundern Sie sich. Dann fangen Sie an, Scheindebatten über die Einheitsschule zu führen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie!)

Als ob nicht unsere südlichen Bundesländer im gleichen System bessere Ergebnisse erzielen. Dann fragen wir uns doch einmal, warum!

(Beifall bei FDP und CDU)

Hätten Sie sich Ihr Gesamtschulkonzept gespart und Ihr Experiment, wären wir an ganz anderer Stelle in dieser Bundesrepublik.

PISA II zeigt genauso wie PISA I: Hier geht es in die falsche Richtung. Das Schlimme für Sie: Die Ergebnisse sind natürlich auch unter sozialen Aspekten für Sie wieder desaströs. Wenn Nordrhein-Westfalen die wenigsten Kinder hat, die aus schwächeren Elternhäusern kommen und hohe Abschlüsse erreichen, dann ist das doch bitte

schön nicht die Verantwortung der Opposition in diesem Hause. Das ist allein Ihre Verantwortung, und der haben Sie sich zu stellen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn wir über Zukunft reden und ich mir vorstelle, welche Begeisterung hier vorherrscht bei Forschung und Entwicklung, bei Stammzellforschung, bei Bio- und Gentechnik, dann kann ich nur sagen: Da zeigen Sie, dass Sie die Zukunft gar nicht wollen. Bei 16 Milliarden € neuen Subventionen für die Steinkohle hebt jeder Grüne hier das Händchen mit. Aber wenn es darum geht, neue Zukunftsinvestitionen zu betreiben und die Forschung und die Wissenschaft anzustacheln, dann stehen Sie hintan und wundern sich, wenn wir nicht vorankommen.

Mit dem "Düsseldorfer Signal" wollten Sie ein Signal für die Zukunft geben. Was ist daraus geworden? - Schlichtweg nichts. Der Metrorapid wurde von Herrn Steinbrück schnell beerdigt. Die Grünen waren die Totengräber. Und der Ersatz, der Rhein-Ruhr-Express, kommt nicht auf Schiene, meine Damen und Herren. Sie haben es vollmundig versprochen. Damals mussten Sie natürlich schnell einen Ersatz erfinden. Wo ist er denn? Wann kommt er denn? Sagen Sie es uns doch! Die FDP hat deutlich Unterstützung signalisiert. Sie scheitern in Ihren eigenen Reihen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Die Medienwirtschaft schlummert dahin. Die Medien GmbH ist gescheitert. Die Projekt Ruhr GmbH als Symbol für den Wandel im Ruhrgebiet - auch das ein klassisches Projekt des Scheiterns. Skandale überall: HDO, WestLB, LfG, LEG. Überall brennt die Hütte, und Sie tun so, als ob Sie mit dem Ganzen nichts zu tun gehabt hätten.

Meine Damen und Herren, seit dem "Düsseldorfer Signal" sind diese Regierung und dieser Ministerpräsident keinen einzigen Schritt vorangekommen. Herr Steinbrück, Sie waren nie eine Alternative zur Episode Clement. Sie sind nur der zweite und letzte Teil einer Episode, die am 22. Mai 2005 enden wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie reden - und Sie wissen, dass ich Sie an dieser Stelle hoch schätze - immer von moderner Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig erhöhen Sie die Steuern. Herr Dieckmann und Herr Moron erklären uns auch, dass alle anderen keine Ahnung hätten. Was sagt denn der Sachverständigenrat?

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Wo erhöhe ich die Steuern?)

- Was ist denn mit Ihrer Wassersteuer? Das brauchen wir wohl nicht mehr zu erwähnen?

Der Sachverständigenrat genauso wie das World Economic Forum - sie alle sagen Ihnen, was in diesem Land fehlt, und zwar im Bund und in diesem Land. Es fehlt nämlich eine Steuertarifsenkung, in allererster Linie in Bezug auf die Unternehmen. Es fehlt eine Sozialversicherungsabgabensenkung. Es fehlt eine Verschuldensrückführung.

Und - und das tut natürlich der Sozialdemokratie immer besonders weh - es fehlt eine Deregulierung des Arbeitsmarktes. Es ist klar, dass wir an diesen Punkten nicht wettbewerbsfähig sind. Schauen Sie sich doch die Statistiken an! Gerade dieses World Economic Forum hat doch Indikatoren aufgestellt. Da liegen wir bei 102 vergleichbaren Ländern auf dem 102. Platz. Ja, das ist das Ergebnis rot-grüner Politik im Bund und in den Ländern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Da nutzt es auch nichts, eine Vermögensteuererhöhung und eine Erbschaftsteuererhöhung anzukündigen. Die Wassersteuer haben Sie hier eingeführt, um Haushaltslöcher zu stopfen und um Frau Höhn einen Gefallen zu tun. Sie wettern populistisch gegen die neuen Bundesländer, um vom eigenen Versagen abzulenken. Meine Damen und Herren, Sie haben nichts vorzuweisen.

Wir von der Opposition haben Ihnen immer wieder klare Konzepte und klare Visionen gewiesen. Die sind einfach diametral zu dem, was Sie wollen. Da muss sich der Bürger im Mai eben auch entscheiden: Wir wollen nicht in Vergangenheit denken, sondern wir wollen in Zukunft investieren. Das ist der schlichte Unterschied zwischen der bisherigen Politik und der zukünftigen Politik.

Wir wollen dieses neue NRW, ein Land, in dem sich eben neue Industrien aufbauen, weg mit den Subventionen für Steinkohle, her mit den entsprechenden Forschungen und Innovationen, um das Land nach vorne zu treiben.

NRW war einstmals, meine Damen und Herren, das wirtschaftliche Herz. Wir waren die Lokomotive, und heute ist das unrühmliche Symbol die rote Laterne. Da können Sie die Statistiken nicht drehen und wenden und fälschen. Die ökonomischen Daten sind, wenn es um vergleichbare Bundesländer geht, ganz klar und eindeutig.

Schluss mit den Scheinprivatisierungen zur Kaschierung der Haushaltspläne! Sagen Sie, was Sache ist! Machen Sie auf Bundesebene endlich mit, Tarife zu senken, damit sich hinterher die Steuereinnahmen erhöhen. Andere Länder in Europa machen es uns vor. Bei uns heißt es von Rot-Grün nur: So etwas geht nicht.

Seit Jahren ist klar, dass die Sozialsysteme aus dem Ruder laufen. Sie verschließen die Augen. Sie wollen keine Generalrevision, die an dieser Stelle nämlich notwendig wäre. Die Systeme müssten komplett geändert werden.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Es geht nicht mehr im Umlagesystem. Wir müssen auf die Kapitaldeckung umsteigen.

Deswegen ist unser Gesundheitsreformkonzept einer klassischen Privatisierung des Versicherungssystems der einzig vernünftige Weg.

Entrümpeln Sie die Verwaltungsaufgaben! Machen Sie endlich Ernst mit Bürokratieabbau! Dann kann ich nur sagen, Herr Steinbrück, passt es nicht dazu, eine neue Behörde einzurichten, eine neue Forstverwaltung zu installieren. Das ist nur ein Geschenk an Frau Höhn, die unter ihrer Fuchtel jetzt natürlich noch mehr die drangsaliieren kann, die draußen für uns die Arbeit machen.

Ich kann nur sagen: Ein klassisches Beispiel von fehlgeschlagenem Bürokratieabbau.

(Beifall bei FDP und CDU)

Kümmern Sie sich um die Technologien von Morgen und nicht um Waldpädagogik unter Gender-Aspekten oder um die Feldhamster. Stutzen Sie die Bürokratie zurück. Rot-Grün ist auf allen Feldern der Landespolitik ein anderer Begriff für Stillstand und Depression. Da können auch die Hochglanzbroschüren, die Sie gerade unter das Volk streuen, nicht darüber hinwegtäuschen. Machen Sie endlich wieder Politik! Aber, ich kann nur sagen: Es ist zu spät für Sie. Ihre Zeit läuft ab. Denn die Wähler haben diese Landesregierung durchschaut. Das neue NRW, es muss und es wird kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man fragt sich ja, für was die beiden

Kollegen von der Opposition sich heute mit ihren Beiträgen beworben haben.

(Zurufe von der CDU)

Herr Dr. Rüttgers hat hier eine Schallplatte aufgelegt - das kam mir sehr bekannt vor -, bei der die Sprünge immer doller werden, sodass die Wiederholungen immer mehr werden. Jetzt weiß ich nicht, ob die Posten im Karneval schon vergeben sind.

(Zurufe von CDU und FDP)

An sich wünschen wir uns einen fröhlichen Karneval, und vielleicht sollte der Posten auch gar nicht vergeben werden. Aber mir kam es so vor, als hätten Sie sich hier um die Rolle des Nöhlpräsidenten im Gürzenich beworben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Da hat unser Land Besseres verdient.

Herr Dr. Wolf, wenn ich Ihnen zuhöre, fallen mir immer viele Dinge ein. Ich glaube, die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen Politiker, die nicht von den Glühbirnen sprechen, sondern die von Wärme und Licht sprechen, die erzeugt werden. Insofern können wir Ihnen empfehlen: Zurück ins Landratsamt, aber vielleicht dann doch eher als Hausmeister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Problem ist, dass Sie nicht anerkennen, dass es eine schwierige Situation ist, und nicht differenzieren und nicht in Gänze Ihre Konzeption auf den Tisch legen. Das müssten Sie tun, wenn Sie hier verantwortlich Oppositionspolitik machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was uns von Ihnen im Kern unterscheidet, meine Damen und Herren von der Opposition, ist die Ehrlichkeit in der politischen Auseinandersetzung. Ja - das sage ich hier, und das habe ich schon mehrfach gesagt und eingeräumt, weil uns das wehtut -, der Haushalt, den wir in diesem und im nächsten Jahr fahren müssen, ist sehr knapp auf Kante genäht, die zusätzlichen Schulden übersteigen das erträgliche Maß, und trotzdem fehlt es an allen Ecken und Enden. Wir Grünen wissen das. Wir tun beides: Wir machen Schulden über Gebühr, und wir sparen mehr, als wir es den Menschen, den Beschäftigten und den Vereinen und Verbänden eigentlich zumuten wollen. Wir sagen das. Wir verstecken uns nicht hinter hohlen Phrasen und vermeintlichen Superankündigungen.

(Zurufe von der CDU)

Wir handeln trotz der Schwierigkeiten. Wir steuern das Land durch sehr schwere See, und wir sind sicher, dass wir auch wieder in ruhigere Gewässer kommen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, man kann nicht oft genug darauf hinweisen, dass Sie immer wieder Nebelkerzen zünden. Das Land hat keine wesentlichen eigenen Steuereinnahmen. Wir sind auf den Bund angewiesen, bei gleichzeitig wesentlich höherer Personalquote. Nun fordern Sie immer wieder Einsparungen im Personalbereich. Aber so viel Personal, wie Sie abzubauen fordern, ist in der Ministerialbürokratie überhaupt nicht beschäftigt, Gott sei Dank.

Wollen Sie also Polizisten, Justizbeamte oder Lehrkräfte hinaus werfen, wollen Sie die Sicherheit oder die Unterrichtsversorgung aufs Spiel setzen? Nein, das wollen Sie natürlich nicht. Aber Sie arbeiten sich kleinkariert an allem ab. Ich warte noch auf den Antrag - wenn ich mich an das eine oder andere erinnere -, mit dem Sie sagen: Die Kennzeichen bei den Polizeifahrzeugen darf es so nicht geben, weil damit die innere Sicherheit gefährdet wird. Ich warte noch auf diesen Antrag. Wir haben schon einiges in diesem Zusammenhang erlebt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Vorschläge und Berechnungen sind leider wie immer unseriös, nicht durchdacht und auf kurzfristigen Krawall angelegt. Sie wiegen die Menschen dadurch - und das ist dieses Sonthofen-Thema, das Edgar Moron schon angesprochen hat - in einer Sicherheit, die Sie nicht bieten können, die keine Politik heute bieten kann. Deswegen ist die Ehrlichkeit so entscheidend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zieht sich durch Ihre ganze Politik, bei Angela Merkel und Edmund Stoiber angefangen. Da eiern Sie in Sachen Gesundheitspolitik monatelang herum, kreieren dann ein bürokratisches Monster mit einem Gesundheitsbeitrags-Durcheinander, bei dem wirklich kein Schwein und kein Mensch mehr durchblicken kann. Und das wollen Sie auch noch aus Steuermitteln subventionieren, meine Damen und Herren! Oder wie Horst Seehofer es ausgedrückt hat: Unsolidarisch, unterfinanziert und bürokratisch. Jawohl, der Mann hat Recht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie soll ich das nennen? "Kopfpauschale mit Fußfesseln" kann ich nur sagen. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege Rüttgers! Ich glaube,

Sie hatten sich das im Vorfeld Ihres Parteitages in Nordrhein-Westfalen auch etwas anders vorgestellt, werter Kollege.

Die Union verliert ja im Moment gute Leute - obwohl man nicht immer mit ihnen übereinstimmt - auf beiden Seiten: Merz auf der einen Seite - Wirtschaftskompetenz, Finanzkompetenz - und Seehofer - Sozialkompetenz - auf der anderen Seite. Ich hätte mir nie träumen lassen, dass ich für einen solchen konservativen Knochen so viel mitfühlende Sympathie entwickeln würde.

(Lachen und Zurufe von CDU und FDP)

Ich kann hier das Angebot meiner Kollegin Krista Sager im Bundestag noch einmal wiederholen, die ihm ja angeboten hat, bei den Grünen als Hospitant mitzuarbeiten, damit wir für unser Land eine ordentliche Bürgerversicherung ausgestalten. Jawohl, Herr Seehofer ist herzlich eingeladen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt habe ich gestern gelesen, dass er ins Kloster gehen will, um sich wieder ein bisschen Mut zu holen und weil er sich dort wohlfühlt. Ich finde, die Union gehört in Exerzitien. Sie gehören in Exerzitien!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht nehmen Sie dann auch direkt einige Landespolitiker mit. Sie haben ja nicht nur hier ein bisschen Stress, Herr Dr. Rüttgers. In Schleswig-Holstein gibt es den Spitzenkandidaten, der über die "Bild"-Zeitung eine Frau sucht. In Rheinland-Pfalz ist das gerade noch einmal gut gegangen. Und in Baden-Württemberg tobt jetzt der Mob. Ich fand schon erschreckend, was da heute in der Zeitung zu lesen war.

(Manfred Palmen [CDU]: Sagen Sie etwas zum Haushalt!)

Homosexualität eignet sich nur dann für Schmutzkampagnen, wenn man Homosexualität für schmutzig hält. Das zeigt abgesehen von der Niedertracht solcher Intrigen, dass die Union gesellschaftspolitisch im 19. Jahrhundert steckt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Die ganze Gruppe von der Union sollte am besten in die Exerzitien, und wenn Sie sich dann entschieden haben und alles präsentieren können, dann können Sie uns wegen unserer sachbezogenen Politik angreifen.

(Manfred Palmen [CDU]: Erzählen Sie etwas zu den 7 Milliarden Schulden!)

Nun wollen Sie die Riesenlücken bei Ihrer Gesamtgesundheitsprämie, Ihrer weichgespülten Kopfpauschale, aus Steuermitteln subventionieren.

(Zurufe von der CDU: Haushalt!)

Gleichzeitig verkünden Sie, mit einer noch größeren Steuerreform als der, die die rot-grüne Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, für den Staat noch weniger für seine vielfältigen Aufgaben einnehmen zu wollen. Doller geht's nimmer. Das ist doch eine Schere, die immer weiter auseinander geht. Diese Schere wieder zusammenzuführen, geht nur dann, wenn Sie die notwendigen Aufgaben des Staates und der Sozialsysteme immer weiter beschneiden. Hier werden Sie jedoch nicht konkret. Das ist doch das Problem. Sie wollen weniger einnehmen, gleichzeitig immer mehr ausgeben, und Herr Rüttgers sagt, dass sich das schon irgendwie rechnet. So schlecht, wie Sie rechnen, sind die PISA-Ergebnisse in Deutschland nun wahrlich nicht.

Ferner erzählen Sie etwas von Verantwortung. Verantwortung ist, wenn man nicht davonläuft, sondern sich den Realitäten stellt. So schnell, wie Sie weglaufen, kann man gar nicht hinterher schauen. Aber auch das ist nichts Neues. Vor allem ist es nichts Neues, dass Union und FDP mit gestaltendem Bewusstsein durch die Gegend laufen, kritisieren und gleichzeitig blockieren. Die rot-grüne Bundesregierung hat wiederum eine ganze Reihe von Vorschlägen für einen radikalen Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen vorgelegt. An wem scheitert dieser umfassende Subventionsabbau? - An der Blockade von CDU und FDP im Bundesrat, und zwar aufgrund ihrer Klientelpolitik.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Was ist die Konsequenz für unseren Landeshaushalt? - Allein wegen der Eigenheimzulage fehlen Bund, Ländern und Gemeinden dauerhaft jährlich rund 7 bis 8 Milliarden €. Für unseren Landeshaushalt sind das 700 bis 800 Millionen €. Herr Rüttgers, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in NRW geben also weiterhin erheblich mehr Geld dafür aus, ein paar tausend Bauwilligen ihr Eigenheim zu subventionieren, als für sämtliche freiwillige Förderprogramme des Landes zusammen, z. B. Kultur- und Sportförderung, Jugendhilfe, Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Frauen, Frauenhäuser und Wirtschaftsförderung. Das ist die Realität.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Diesen Gestaltungsspielraum könnten wir gewinnen, wenn eine Eigenheimzulage nicht mehr gezahlt würde. Warum machen wir das nicht? - Weil Sie, Herr Rüttgers, und Ihre Leute die Abschaffung dieser ökonomisch wie ökologisch schädlichen Subvention bis heute blockieren. Das steht in der Tradition Ihrer Politik; denn nie gab es mehr Subventionen und Steuerschlupflöcher als am Ende der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung. Außerdem: Jeder Kompromiss, den die rot-grüne Bundesregierung im Bundesrat mit der Union eingehen musste, damit es überhaupt zu Mehrheiten kam, ging und geht ausnahmslos zulasten der öffentlichen Haushalte. Insofern haben Sie eine Mitverantwortung für die Finanzsituation aller öffentlichen Haushalte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN - Manfred Palmen [CDU]: Sagen Sie etwas zu den 7 Milliarden Schulden!)

Und was machen Sie? Übernehmen Sie die Verantwortung dafür, wie wir Verantwortung für unsere Entscheidungen übernehmen? Sagen Sie den Leuten, wo Sie überall kürzen und streichen würden? - Weit gefehlt! Sie stehlen sich davon. Sie beklagen die Kürzungen, die wir verantworten, und kündigen stattdessen abstrakte Grausamkeiten an. Das wird so nicht gehen. Die Leute werden genauer wissen wollen, was Sie meinen, wenn Sie von Veränderungen und Grausamkeiten sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Allen wohl und keinem weh", das ist Ihre bekannte Devise. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Sie sind und bleiben mit dieser Haltung regierungsunfähig, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

An diesem Landeshaushalt gibt es nichts schön zu reden. Wir hätten gerne positivere Nachrichten gemeldet und vor allem den Schuldenberg nicht weiter aufgetürmt. Das geht aber nur in einer nationalen Kraftanstrengung über die Parteigrenzen hinweg. Der Finanzminister hat dazu das Notwendige gesagt. Erst wenn Sie willens und in der Lage sind, dabei mitzumachen und sich dafür einzusetzen, dürfen Sie uns Vorwürfe machen, vorher nicht.

Meine Damen und Herren, so eng dieser Haushalt ist, so sehr er auch ächzt und knarrt, er folgt - der Finanzminister hat bereits darauf hingewiesen - doch strengen Kriterien. Alle notwendigen Mehrausgaben werden durch Einsparungen an anderer Stelle aufgefangen. Von diesen Mehrausgaben

möchte ich einige herausgreifen, denn sie zeigen, dass wir Politik mit einem klaren Kurs betreiben.

Die Mittel für BAföG steigen um 6,3 Millionen €. Aufgrund der starken Nachfrage nach Plätzen im offenen Ganztagsbereich, den Sie ja bekämpfen, stellen wir 8,3 Millionen € mehr zur Verfügung. Wir schaffen 1.254 zusätzliche Stellen für Lehramtsanwärter. Auf einer Veranstaltung der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung der Grünen habe ich erfahren, dass aus Niedersachsen und Hessen Referendare kommen, weil wir eines der wenigen Bundesländer sind, die ausbilden. Also nur Mut! Bei uns geht manches, was woanders nicht geht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Zuschüsse an private Gymnasien steigen um 19 Millionen €.

Meine Damen und Herren, ich komme nun auf die Stellenberechnung im Schulbereich zu sprechen, Herr Rüttgers. Entscheidend für die Kinder und Eltern ist, dass Unterricht erteilt wird. Von wie vielen Lehrkräften er erteilt wird, ist natürlich nicht egal - es ist gut, wenn die Lehrerinnen und Lehrer angemessen arbeiten -, aber zweitrangig. Entscheidend sind die Stunden, die den Kindern erteilt werden. Und mit diesem Haushalt haben wir 200.000 Unterrichtsstunden pro Woche mehr etatisiert. Alle Rechnereien mit den Stellen werden nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei uns mehr Unterricht gegeben wird und nicht weniger, dass wir mehr in Bildung investieren und nicht weniger, meine Damen und Herren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zurufe von CDU und FDP)

Über die Leistungen des Bundes hinaus werden wir die dringend notwendige Begleitung der Integrationsoffensive mit 10 Millionen € zusätzlich ausstatten. Gerade angesichts der aktuellen Debatte, die wir gestern sehr eingehend geführt haben, ist das eine wichtige Aufgabe.

Meine Damen und Herren, Georg Christoph Lichtenberg hat einmal gesagt: "Auch selbst den Weisesten unter den Menschen sind die Leute, die Geld bringen, mehr willkommen als die, die welches holen." Das ist wohl wahr. Mit dieser Situation müssen wir uns alle herumschlagen. Trotzdem werden wir wohl nicht umhinkommen, daranzugehen, die Einnahmen des Staates zu verstätigen und auf ein ehrliches Niveau zu bringen, um all die notwendigen Ausgaben beispielsweise für Bildung, Integration, Sicherheit, Kinderbetreuung, Hochwasserschutz und Wirtschaftsförderung so-

wie all die vielen anderen Dinge, die uns lieb und wichtig sind, zu gewährleisten.

Dieser Diskussion werden auch Sie sich nicht entziehen können. Sie sollten sich schon jetzt konstruktiv daran beteiligen und erste Schritte tun. Seien Sie doch einmal im Handeln so patriotisch, wie Sie verbal immer vorgeben. Sorgen Sie dafür, dass die unionsgeführten Bundesländer morgen der Abschaffung der Eigenheimzulage zustimmen. Das wäre ein erster Schritt in Richtung Verantwortung. Ich ermuntere Sie, diesen Schritt zu tun. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. - Für die Landesregierung spricht der Ministerpräsident.

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben die zu erwartenden Oppositionsreden gehört. Es gab keine Überraschung. Es gab keine Originalität. Es war viel Standardrepertoire. Es fielen viele Stehsätze. Die Reden enthielten eine ganze Portion Lautstärke und eine gewisse Dosis an Beleidigungen.

Ich empfand die beiden Oppositionsreden nicht als politisch gefährlich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mit denen kann ich aus zwei wesentlichen Gründen gut leben.

Der erste Grund ist: Ihre Lagebeschreibung und Beschreibung des Landes Nordrhein-Westfalen sind zu grobschlächtig. Sie sind zu undifferenziert, und sie gehen vor allen Dingen an den Wahrnehmungen der Menschen voll und ganz vorbei.

Die Menschen sagen nicht, dass die Regierung immer Recht hat. Die Menschen sagen auch nicht, dass die Regierung immer richtig liegt. Aber sie sagen auch nicht, dass die Opposition immer richtig liegt und dass ihre Beschreibung richtig ist. Die Menschen haben, wie ich glaube, einen ziemlich guten Blick dafür, was im Land Nordrhein-Westfalen in den letzten 40 Jahren gelungen ist und was noch besser gemacht werden muss. Das wissen die Menschen ziemlich genau.

Das heißt, die Lage in Nordrhein-Westfalen mit 38 Jahren SPD-Regierung - übrigens war die FDP bis 1980 an dieser Regierung beteiligt, Herr Wolf, und insofern auch mitverantwortlich - stellt sich ziemlich anders dar als die Beschreibung, die Sie hier im Landtag vorgenommen haben.

Die Menschen kommen auch zu dem Ergebnis, dass diese sehr ritualisierte Auseinandersetzung zwischen den politischen Kräften auf Dauer langweilig ist. Sie erfolgt aus ihrer Sicht immer nach dem Motto: Die einen sind immer die Schlauberger, und die anderen sind immer die Idioten. - Das glauben die Menschen nicht mehr.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Menschen glauben vielmehr, dass die Verteilung der politischen Kräfte der Normalverteilung in der Bevölkerung entspricht und dass sich diese politischen Kräfte von daher nicht nur in diese zwei starren Kategorien einordnen lassen.

Es beunruhigt mich also nicht, wenn Sie diese grobschlächtigen Ansätze in den Landtagswahlkampf hineinbringen. Ich werde mich darum bemühen, in diesem Land als derjenige aufzutreten, der eine realistische Beschreibung vorzunehmen und Lösungsangebote zu machen versucht. Ich werde eingestehen: Ja, wir haben uns noch anzustrengen. Es ist zwar nicht alles, aber einiges in diesem Land gelungen. Die Menschen in diesem Land sind stolz, weil sie wissen, dass sie daran mitgewirkt haben. Und diesen Stolz möchte ich gerne ansprechen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der zweite Grund ist: Sie können kein Gegenprofil entgegenhalten. Wie von einer springenden Schallplatte habe ich die ständigen Zurufe "Wo ist das Konzept?" von Herrn Palmen und von Herrn Breuer im Ohr. Ich dachte, die Fragen nach diesem Konzept hätten Ihrer Rede gegolten, Herr Rüttgers.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es gab Zurufe wie "Mit dem Latein am Ende!" und "Aufhören!"; ich komme gleich noch zu anderen Begriffen. Das, was ich seit Wochen und Monaten auch bezogen auf meine Person, meine Regierung und meine Partei höre, ist nicht besonders originell.

Sie verheddern sich sachlich in einem Gestrüpp: Erstens sind Sie für Steuersenkungen, obwohl Sie nicht wissen, wie Sie die finanzieren können. Zweitens sind Sie für einen Schuldenabbau, wollen aber zumindest mit auf das Bild von den Demonstrationen, die vor dem Landtag stattfinden. Und drittens fordern Sie Mehrausgaben - auch und gerade in diesem Parlament -, die nicht in die Millionenhöhe, sondern in die Milliardenhöhe gehen.

Von Herrn Moron haben wir heute gehört, was Sie alles aufgeschrieben haben. Ich bin kurz davor,

einen Zeitschriftenausschnittsdienst damit zu beauftragen, die Forderungen der Opposition an diesen Landeshaushalt sehr systematisch aufzulisten und einen Strich darunter zu ziehen, was sie an finanziell nicht unterlegten Mehrforderungen an die Adresse des Landes richtet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In diesem Gestrüpp verheddern Sie sich und haben keine klare Antwort.

Wir legen einen Nachtragshaushalt vor. Sie vermitteln den Eindruck, als ob ein Nachtragshaushalt bei Vorhandensein eines Doppelhaushaltes etwas Ungewöhnliches oder für Nordrhein-Westfalen spezifisch sei. Wir haben hinsichtlich der Verabschiedung eines Doppelhaushaltes sehr viel vom Kollegen Teufel - er gehört ja zur CDU Baden-Württemberg - gelernt, der mir einmal erzählt hat, dass er auch in normalen Haushaltszeiten zwei bis drei Nachtragshaushalte aufstelle.

Dann vermittelt Herr Wolf mehr als Sie, Herr Rüttgers, den Eindruck, als würden wir immer an irgendwelchen Steuerschätzungen oder Schätzungen der Landesregierung scheitern. Vielleicht darf ich darauf hinweisen, dass sich Nordrhein-Westfalen in Abhängigkeit der jeweils im Mai und November vorgelegten Steuerschätzungen nicht anders verhält als alle anderen Länder auch.

(Helmut Stahl [CDU]: Nein!)

Sie insinuierten, als ob sich der Ministerpräsident im Keller des Finanzministeriums bei ausgeschaltetem Licht mit irgendwelchen Finanzexperten wie beispielsweise Herrn Berg zurechtlegen würde, wie denn im Einzelnen diese Einnahme- und Ausgabezahlen zu kalkulieren sind.

(Helmut Stahl [CDU]: Sie rechnen schön!)

Nein, wir bewegen uns im Konvoi einer Steuerschätzung, die von einem Arbeitskreis vorgelegt wird, von dem Sie wissen, wie er besetzt ist. Warum versuchen Sie also, irgendein Verdachtsmoment herüberzubringen?

Dann habe ich mir einmal aufgeschrieben, Herr Rüttgers, welche Dosis an Beleidigungen in Ihrer Rede vorkam. Da ist nicht nur die Rede von "bewusster Täuschung", "unmoralisch" und "politischer Bilanzfälscherei", sondern es kommt auch das Wort "Lüge" an meine Adresse gerichtet vor. Das ist alles auszuhalten, und dafür werde ich wahrscheinlich auch bezahlt.

Einen Wunsch habe ich allerdings doch: Bitten Sie Ihren Generalsekretär um eine neue Definition des Wortes "Rabaukentum". Denn mit diesem

Wort hat er versucht, meinen politischen Hinweis zu bewerten, Sie als "Wackelkandidaten" zu bezeichnen. Im Vergleich zu Ihren Begrifflichkeiten bewege ich mich, wie ich finde, noch auf der Ebene der höflichen Austauschbeziehungen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich kann aus Zeitgründen nicht auf all das eingehen, was schlicht und einfach grob fehlerhaft ist, z. B. auf den Hinweis von Herrn Wolf, wir wollten eine neue Landesforstverwaltung einrichten.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Landesbetrieb!)

Ich möchte Sie bitten, sich zu erkundigen. Wir reden vielmehr über die Einrichtung eines Landesforstbetriebes, getreu dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb, der eine Erfolgsgeschichte in Nordrhein-Westfalen beschrieben hat und einer der richtigen Ansätze ist.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Verwaltung analog!)

- Entschuldigen Sie, das ist doch wieder so ein Beispiel: Es sitzen doch genügend Oppositionspolitiker im Verwaltungsrat und wissen, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb erfolgreich arbeitet. Warum müssen Sie das kaputt schießen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie müssen doch irgendwann die Souveränität aufbringen können, um auch von diesem Pult aus an uns gerichtet zu sagen: Das ist Ihnen gelungen. - Umso glaubwürdiger wird dann Ihre Kritik sein, wenn etwas nicht gelingt. Aber immer diese inflationäre Behandlung der kritischen Adressen an die Landesregierung ist langweilig.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie fordert einen auch nicht heraus.

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb ist ein Erfolg. Wir versuchen, für die Liegenschaften, die zum staatlichen Forst gehören, dasselbe zu machen. Das ist aber nur ein Aperçu, das ich hinzufügen möchte.

Damit ich nicht denselben Fehler mache wie Sie: Ja, die Beschreibung ist richtig. Das Tempo dieser Verschuldung ist ein riesiges Problem. Ich kann mich einlassen auf die Bewertung des Oppositionsführers - ich widerspreche ihr nicht -: Diese Verschuldung ist eine Hypothek für nachwachsende Generationen. - Das ist richtig. Ich glaube, dass darüber auch die Spielräume der öffentlichen Haushalte massiv in Mitleidenschaft gezogen werden, dass die Steigerung der Zinslastquote dabei in Höhen kommt, die uns Haushaltsauf-

stellungen, vor allen Dingen die Investitionstätigkeit immer mehr erschweren.

Ich glaube insbesondere, dass das mit Blick auf das Thema Generationengerechtigkeit bedeutet, dass die Jüngeren, die hier sitzen, über die Tilgung und über die Zinsen zunehmend in eine Art Mithaftung genommen werden für eine jedenfalls nicht zureichende - man kann auch sagen: fehlerhafte - Politik.

(Beifall von Dr. Stefan Berger [CDU])

Ich versuche, mir zu überlegen, wie wir aus dieser Situation herauskommen, und stelle für Nordrhein-Westfalen fest:

Erstens. Wir sind keine Insel, sondern wir bewegen uns im Konvoi einer problematischen Entwicklung, die für alle Länder gilt, mehr oder weniger, vielleicht mit Ausnahme von Bayern, aber schon für Baden-Württemberg ist das nicht viel anders. Wir können uns in dieser Problematik spielend z. B. mit Hessen vergleichen, regiert von einem CDU-Ministerpräsidenten; der steht vor genau derselben Situation.

Zweitens komme ich auf die Idee, dass die Büchse der Pandora dieser Verschuldungsstrategie nicht von der nordrhein-westfälischen Landesregierung erfunden worden ist, wie einige aus den Oppositionsreihen zu vermitteln versuchen. Ich kann mich sehr gut erinnern, dass die Bundesebene 1992 und in den folgenden Jahren ein hohes Verschuldungstempo vorgelegt hat - sich übrigens widerspiegelnd in der gesamtstaatlichen Verschuldung heute -, woran z. B. eine Persönlichkeit wie Herr Rüttgers beteiligt gewesen ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der war dabei! Sie waren dabei!

(Helmut Stahl [CDU]: Unseriös ist das!)

- Herr Stahl, ich sage das doch ganz ruhig und gelassen. Blutdruck runter!

(Helmut Stahl [CDU]: Das ist falsch! Das ist nicht seriös!)

- Das ist absolut seriös. Ich kann Ihnen die Zahlen auflisten: mindestens ab 1994/95,

(Helmut Stahl [CDU]: Was war denn 1990?)

auch über eine falsche Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung! Da waren Sie alle beteiligt.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Drittens. Jetzt beziehe ich mich einmal nur auf die 1,4 Milliarden €, die wir aus der Steuerschätzung als Einnahmeminderung für das nächste Jahr haben. Selbst wenn ich es könnte: Wäre es konjunkturpolitisch ratsam, diese 1,4 Milliarden € jetzt einzusparen? Ich sage Ihnen gleich: Ich weiß nicht, wie dies gehen könnte, ohne am laufenden Band Demonstrationen vor dem Landtag zu haben, woran sich die Opposition beteiligt.

Viele Sachverständige sagen mir: Ihr Grundsatz ist schon nicht ganz falsch. Er lautet: Wir versuchen, alle Mehrausgaben, von denen viele übrigens zwangsläufig sind - Sie wissen das: Wohngeld, BAföG etc.; darauf hat die Landesregierung keinen Einfluss, daran sind wir aufgrund gesetzlicher Bindungen automatisch beteiligt -, an anderer Stelle einzusparen. Aber das, was wir an konjunkturbedingten Mindereinnahmen haben, gleichen wir durch einen Weg aus, der in der Tat kritikwürdig ist: Das ist die höhere Verschuldung. Wenn ich aber versuchen würde, hier zu sparen, würde das bedeuten, dass ungefähr 0,3 bis 0,4 % weniger Wachstum in Nordrhein-Westfalen wären. Das wäre bei einem sich langsam entwickelnden Wachstum konjunkturpolitisch Gift.

(Helmut Stahl [CDU]: Das ist falsch!)

Das ist jedenfalls das, was mir die meisten - parteipolitisch völlig ungebundenen - Sachverständigen mit auf den Weg geben. Insofern halte ich diesen Weg keineswegs für falsch, sondern für richtig.

Das Vierte ist: Ich versuche gelegentlich, Ihnen auch zuzuhören - nicht immer, aber gelegentlich -, und versuche, mir vorzustellen: Was hat die Opposition im Grundsatz und praktisch anders anzubieten?

(Zuruf von der SPD: Nichts!)

Da komme ich zu dem Ergebnis: Nichts, gar nichts!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie bieten mir im Grundsatz etwas an, was ich für viel problematischer halte.

Erstens. Sie sagen den Menschen z. B.: Wir können noch weitere Steuersenkungen vertragen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genau!)

Wir können den Spitzensteuersatz noch auf 36 % senken. - Übrigens mit dem wahnsinnigen Effekt, dass Sie versuchen, Ihre Gesundheitsmodernisierung aus einer Steuerabsenkung zu finanzieren, die selber noch nicht einmal finanziert worden ist!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist schon ein Kunststück. Darauf will ich jetzt gar nicht länger eingehen. Das ist rein virtuelles Geld. Das ist Monopolygeld, über das Sie da reden.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich sage Ihnen klipp und klar - auch zu der Litanei der FDP in diesem Zusammenhang -: Sämtliche öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik Deutschland werden eine weitere Steuersatzabsenkung über das, was am 1. Januar des nächsten Jahres in Kraft tritt, nicht vertragen können. Ausgeschlossen!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zur Ehrlichkeit in diesem Wahlkampf gehört, dass ich den Menschen im Lande Nordrhein-Westfalen sage: Dieser Ministerpräsident und die ihn tragende Partei ist nicht für weitere Steuersatzsenkungen. Damit sind wir nicht populistisch.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie den Spitzensteuersatz von 42 auf 36 % absenken würden, würden nach Lage der Dinge 30 Milliarden bis 35 Milliarden € fehlen. Aber in einer anderen Debatte an einem anderen Ort kommen wir zu dem Ergebnis: Wir brauchen das Geld für Bildung, wir brauchen das Geld für Wissenschaft und Forschung. - Und Sie versprechen den Menschen: Wir räumen da 30 Milliarden bis 35 Milliarden € ab. - Das ist der erste Punkt, zu dem ich sage, dass Ihr Politikangebot mir nicht ratsam zu sein scheint und dass ich es nicht vertreten würde.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zweitens. Sie sind immer gerne bereit, abstrakt über das Thema Schuldenabbau - auch mit mir - zu reden. Ja, wenn Sie mich da doch unterstützt hätten! Wenn Sie auch die SPD unterstützt hätten, diese Landesregierung genauso wie die CDU- bzw. CSU-geführten Länder im Bundesrat! Wo waren Sie da? Wo waren Sie im Vermittlungsausschuss des letzten Jahres, als es darum ging, massiven Subventionsabbau zu betreiben?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie waren nicht dabei!

Da Sie das eine oder andere Mal versucht haben, mich mit einer "Stichwaffe" zu erreichen, Herr Rüttgers: Ich werde nicht vergessen, dass Sie im Präsidium der CDU in Sachen Koch/Steinbrück-Papier nicht zu den Unterstützern gehört haben.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Ja!)

- Nein, nein! Das, was ich weiß, war, dass Sie Herrn Koch und mir nicht das Schwarze unter dem Fingernagel gegönnt haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das habe ich gut in Erinnerung. Ich kann mich erinnern, wie Sie gegen den Ansatz von Herrn Koch und mir mindestens unter der Überschrift "Rasenmäher" versucht haben, eine Kritik nach dem Motto aufzubauen, das sei der falsche Ansatz.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Ja!)

- Ja! Aber kommen Sie nicht hierhin und sagen: "Die Landesregierung versagt immer beim Subventionsabbau", wenn Sie bei diesem konkreten und übrigens erfolgreichsten Projekt zum Subventionsabbau der vergangenen Jahre nicht dabei waren!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

Es war das erfolgreichste Projekt zum Subventionsabbau.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das sehen Ihre eigenen Leute aber anders!)

Auf die Körpersprache von Herrn Diegel muss ich hier nicht eingehen.

Ich behaupte übrigens, dass diese Methode vor dem Hintergrund der Haushaltsprobleme, die wir haben, wieder zum Ansatz kommen wird.

Auch in Sachen Schuldenabbau nehme ich Ihnen mindestens drei Dinge ziemlich übel: Erstens haben Sie Koch und Steinbrück nicht so unterstützt, wie es zumindest Herr Koch verdient hätte. Zweitens werde ich Ihnen nicht vergessen, wie Sie da draußen bei den Demonstrationen versucht haben, auf das Bild zu kommen. Das vergesse ich Ihnen so schnell nicht.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Das Dritte ist, dass Sie dann an anderer Stelle Mehrausgaben fordern - ich muss nicht weiter darauf eingehen -, nämlich da, wo die SPD einen alles andere als vergnügungssteuerpflichtigen Ritt macht, z. B. mit Blick auf die Behandlung und Finanzierung einer sozialen Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Sie sind dann auf der Seite derjenigen, die immer noch mehr fordern und immer noch etwas draufsetzen.

Nordrhein-Westfalen ist das einzige Land, das in diesem Jahr zusätzliche Lehrer einstellt. Vielleicht könnten Sie das einmal anerkennen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

An diesem Hase-und-Igel-Rennen in der Politik - "Ich bin schon wieder da!" -, bei dem ich natürlich die Rolle des Hasen habe, während Sie in zwei Igel geteilt sind, habe ich überhaupt kein Interesse. Es läuft nach dem Motto: Wenn der Steinbrück oder die Landesregierung sagt: 2.000 Lehrer, dann verlangen wir, 3.000 Lehrer neu einzustellen; sprechen wir von 3.000, dann verlangen Sie 4.000. Die Menschen wissen doch, dass das nicht seriös ist. Dasselbe gilt mit Blick auf die Polizei oder die von Ihnen angesprochenen angeblichen Einsparungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst. Die Rechnung, wie Sie dadurch Einsparungsvolumina erreichen wollen, wie Sie sie hier vertreten, ist mir auch bei viermaliger Überprüfung einfach ein Rätsel.

Mein Fazit bei der Betrachtung, was Sie grundsätzlich und praktisch als eigenständiges Profil zu bieten haben, lautet: nichts. Das, was ich daraus versuchen kann zu entnehmen, läuft jedenfalls darauf hinaus, dass dies keine bessere Politik, sondern sehr wahrscheinlich eine Politik wäre, die uns sehr viel stärker in Verlegenheit brächte.

Deshalb stehe ich zu dem Leitsatz des Finanzministers, der da lautet: Wir haben eine konjunkturorientierte Einnahmelinie und eine stabilitätsorientierte Ausgabenlinie. Wie ich glaube, ist dies unter den obwaltenden schlechten, unbefriedigenden Bedingungen die beste Logik, die wir haben können. Ich kenne jedenfalls keine bessere.

Ich habe mir noch einmal herausgesucht, Herr Kollege Rüttgers, was Sie in Kerkrade auf einem Landesparteitag der CDU gesagt haben:

"Wir wissen, es wird kein leichter Weg. Es wird Kraft kosten, das Land wieder in Ordnung zu bringen. Wir werden Opfer verlangen müssen. Das müssen wir den Menschen heute schon sagen, und das will ich ihnen heute sagen."

Warum haben Sie es denn heute nicht gesagt?

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Warum haben Sie in Ihrem haushalts- und finanzpolitischen Gegenentwurf den Menschen nicht gesagt, welche Opfer Sie denn verlangen würden? Sechs Monate vor einer Landtagswahl würde das jedenfalls politische Courage zeigen.

Ich habe den Versuch schon gemacht. Sie können sagen, er sei gescheitert etc.; ich weiß, das

ist dann wieder die typische Bewertung nach den alten Mustern. Aber ich weiß, dass wir hier in diesem Lande mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 nachweislich das größte Sparpaket auf den Weg gebracht haben, das es in den letzten 20 Jahren gegeben hat. Das weiß ich, und das ist nachweislich so, meine Damen und Herren.

(Widerspruch bei CDU und FDP)

An dieser Stelle will ich abbinden und dabei etwas anders als Sie versuchen, die Regeln der Höflichkeit einigermaßen zu wahren, weil ich dem Grundsatz folgen will, dass die Menschen an diesen sehr scharfkantigen Auseinandersetzungen wenig Interesse haben. Sie fordern mich ja auf, am 22. Mai den Platz frei zu machen, während ich Ihnen verspreche, dass ich da sitzen bleibe. Ich bin mir mehr denn je sicher, dass es eine gute Chance gibt, dass ich da sitzen bleibe.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nach einer solchen Haushaltsdebatte steigt sogar die Wahrscheinlichkeit dafür, wie ich glaube.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts Ihrer Forderung habe ich mir überlegt, welcher Garant Sie für eine gute Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen sind, wann Sie schon einmal für die Zukunft dieser Republik verantwortlich waren und was dabei herausgekommen ist.

Dazu fällt mir ein, dass Sie als so genannter Zukunftsminister in dieser Republik in den 90er-Jahren - einige reden von einem verschlafenen Jahrzehnt der 90er-Jahre; das richtet sich kritisch an uns alle -

(Beifall bei der SPD)

derjenige waren, der den Anteil der Bildungs- und Forschungsausgaben am Gesamthaushalt des Bundes systematisch heruntergefahren hat.

(Anke Brunn [SPD]: Allerdings!)

Von 1982, als dieser Anteil 4,7 % betrug, haben Sie ihn bis 1997 auf 3,4 % reduziert. Das ist eine Kürzung um 850 Millionen DM, und zwar ausgerechnet in dem Bereich, den wir beide heute für den zur Sicherung von Wohlstand und sozialer Wohlfahrt in der Bundesrepublik Deutschland strategisch wichtigsten Bereich halten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe versucht herauszusuchen, was Sie eigentlich gemacht haben, um in Deutschland zu einer höheren Akademikerrate beizutragen. Wie haben sich beispielsweise die Aufwendungen des

BAföG zwischen 1992 und 1997 entwickelt? Sie haben um 1 Milliarde DM abgenommen. Als Sie mit der Bundesregierung 1998 aus dem Amt gingen, betrug die Anzahl der Studierenden 1,8 Millionen; heute liegt sie aufgrund unserer Politik bundesweit bei 2 Millionen. Die Studienanfängerquote war 1999 - ein Jahr, nachdem Sie als Forschungs- und Technologieminister aufgehört haben - bei 28,5 %; heute liegt sie bei immerhin 35,7 %.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will nicht im Einzelnen die Bereiche wiederholen, bei denen ich den Eindruck habe, dass Ihr Kurs nur sehr schwer erkennbar ist - damit drücke ich mich noch einmal höflich aus -, aber ich kann Ihnen zitieren, was Sie zu den Studiengebühren gesagt haben, als Sie gegen die Studiengebühren waren.

(Widerspruch bei der CDU)

- Das darf man dann in Erinnerung rufen. - Ich kann mich auch erinnern, wie Sie sich positioniert haben, als die Landesregierung Studiengebühren für das Langzeitstudium, für das Zweitstudium und für die Studienabschlüsse von Senioren eingeführt hat. Ich weiß, wie Sie damals hier argumentiert und versucht haben, meinem Vorgänger das Leben schwer zu machen.

(Zurufe von der CDU)

Das Fazit ist, Herr Kollege Rüttgers: Sie haben bei der zweiten und dritten Lesung noch eine Chance. Dann rufe ich Ihnen in Reaktivierung des alten Dativs zu: Gib sie noch eine Chance! - Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Für die CDU spricht Herr Dr. Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Steinbrück, bevor ich auf Ihren Beitrag antworte, möchte ich zunächst ein Wort zu dem sagen, wie sich Herr Moron hier aufgeführt hat. Herr Moron, es ist bekannt, dass Sie der Fraktionsvorsitzende in diesem Land mit dem denkbar niedrigsten Niveau sind, den wir je gehabt haben.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei und Zurufe von der SPD)

Sie werden mich auch nicht aus der Ruhe bringen. Da können Sie noch so viele Pressemittei-

lungen herausgeben, wie Sie wollen. Die Pöbeleien, die Sie da immer absetzen, interessieren keinen Menschen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Moron, nehmen Sie bitte folgendes zur Kenntnis: Sie haben behauptet, ich hätte an den Studentendemonstrationen teilgenommen. Als diese stattfanden, war ich auf dem Bundesparteitag der CDU in Frankfurt bzw. in Düren. Wenn Sie das nicht zurücknehmen, werde ich Sie in Zukunft als Lügner bezeichnen, damit das völlig klar ist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Steinbrück, Sie haben damit begonnen zu sagen: Die Menschen haben einen guten Blick dafür, was gelungen ist, was gut ist in diesem Land. Ich mache eine realistische Beschreibung.

Das ist okay. Dieser Meinung bin ich auch. Es ist auch gut, wenn wir darauf hinweisen, dass dieses Land stark ist, dass die Menschen fleißig sind und dass dieses Land eigentlich alle Chancen hat.

Sie stellen sich hierhin und werfen uns vor, wir wären ritualhaft hier aufgetreten. Ich habe mir natürlich genauso wie Sie mit Ihren Stäben vorher auch überlegt: Was wird er vermutlich sagen? - Mir war völlig klar, dass Sie hierher kommen und sagen - Sie haben es anders formuliert - : Die Opposition redet das Land schlecht. - Das sagen Sie jetzt seit vielen, vielen Jahren.

(Erregte Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Zuerst einmal ist es Aufgabe der Opposition, auf Ihre Fehler hinzuweisen und die Missstände in diesem Land anzuprangern. Dafür sind wir hier.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie wirklich dieses vordemokratische Vorurteil vortragen wollen, die wichtigste Aufgabe der Opposition sei es, die Regierung zu unterstützen, dann erwidere ich: Das ist nicht unsere Sicht von Demokratie. - Beschweren Sie sich also nicht, wenn wir auf Ihre Fehler hinweisen. Dass Sie von morgens bis abends nicht nur Fehler machen, kann ich Ihnen ausdrücklich attestieren.

(Edith Müller [GRÜNE]: Bravo!)

- Was heißt denn hier "Bravo!?" Frau Müller, Sie sind viel zu intelligent, um "Bravo! Bravo!" zu rufen. Was soll das denn bitte? Entschuldigen Sie mal, hier muss über den Nachtragshaushalt diskutiert werden. Hier muss über die Realitäten diskutiert werden. Und die Realitäten sind völlig klar.

Wir haben in diesem Land Massenarbeitslosigkeit. Dazu haben Sie kein einziges Wort gesagt. Sie

haben kein einziges Wort darüber verloren, dass hier demnächst 1 Million Menschen arbeitslos sind.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das, was nicht geht. Natürlich ist dieses Land industriell stark. Gott sei Dank - das ist die Wahrheit - ist die nordrhein-westfälische Industrie, zumindest die Großindustrie international wettbewerbsfähig. Dafür zahlen wir aber einen hohen Preis. Diese Wettbewerbsfähigkeit ist dadurch erkauft, dass man rationalisiert hat, dass man - ich sage sogar - rationalisieren musste. Dann muss gleichzeitig aber eine entsprechende Politik dafür sorgen, dass investiert wird, dass neue Firmen entstehen und keine Pleitewelle kommt.

Beispielsweise verhindern Sie mit Feldhamstern eine Milliarden-Investition in ein BoA-Kraftwerk, anstatt die Regeln zu ändern. Insofern mache ich Ihnen den Vorwurf: Sie sorgen nicht dafür, dass genügend Arbeitsplätze entstehen und Menschen, die arbeitslos sind, wieder eine Hoffnung bekommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie stellen sich hierhin und sagen: Wir machen doch alles genauso wie die anderen Länder, die zum Beispiel CDU-regiert sind. Dass jede Landesregierung einen Haushalt macht und dabei in Zeiten dieser hohen Arbeitslosigkeit und bei den geringen Steuereinnahmen Probleme hat - gestern haben wir in der Debatte des Deutschen Bundestages gehört, dass auch die Bundesregierung Probleme hat - das ist doch klar. Aber die Wahrheit ist auch, dass Sie verantwortlich sind - Sie ganz persönlich - für einen Riesenschuldenberg, der dieses Land inzwischen handlungsunfähig macht.

Wir haben 104 Milliarden € Schulden zurzeit bei einem Haushalt von 48 Milliarden €. In der Privatwirtschaft wäre das sofort der Insolvenzfall. Wenn Sie die Zahlen aus Bayern dagegen stellen: Es hat einen Haushalt von 33 Milliarden € statt 48 Milliarden € und Schulden von 20 Milliarden €. Es ist nicht insolvent. Die Bayern sparen, und Sie machen weiter Schulden. Das ist das, was wir Ihnen weiter vorwerfen: Sie tun nichts, um aus dieser Situation wieder herauszukommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein Investitionshemmnis erster Güte, einen Bürokratie-dschungel. Wir waren schon einmal so weit, dass wir gemeinsam darüber reden wollten, wie wir das ändern. Genau in dieser Situation - das ist eben schon von Kollege Wolf gesagt worden - gründen

Sie neue Forstbehörden, anstatt das bei den Kammern zu lassen, wo die Selbstverwaltung ist. Das heißt, Sie reden von Bürokratieabbau und schaffen dauernd neue Bürokratie. Das werfen wir Ihnen vor, weil Sie damit die Investitionsbedingungen verschlechtern.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben ein mittelmäßiges Schulsystem. Auch das kann keiner bezweifeln. Die Frage lautet, wie wir damit fertig werden.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: PISA für Oppositionsführer!)

Wenn ich davon rede, dass zu viel Unterricht ausfällt und dass die notwendige Förderung nur stattfinden kann, wenn der Unterricht auch erteilt wird, dann geben Sie darauf keine Antwort. Sie sagen: Wir haben doch ein paar Lehrer eingestellt. - Ich habe Ihnen die Zahlen hier vorgerechnet. Natürlich haben Sie ein paar Lehrer eingestellt. Aber gleichzeitig haben Sie Stellen gestrichen. Das heißt, Sie hätten viel mehr einstellen können, wenn Sie nicht in der Schuldenfalle säßen und inzwischen sogar beim Bildungssystem sparen müssten. Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen.

(Beifall bei der CDU)

Sie fragen uns nach Alternativen. Doch was machen Sie? - Der Herr Finanzminister und Sie haben es gesagt: Was wir jetzt machen müssen, ist auf keinen Fall irgendeine Sparmaßnahme; wir sparen den Aufschwung kaputt. Ich möchte mit Ihnen heute nicht über die Frage diskutieren, ob wir wirklich einen Aufschwung haben. Sie wissen, dass das hoch umstritten ist. Vieles lebt da vom Prinzip Hoffnung. Ich würde mich freuen, wenn wir endlich einen stabilen Aufschwung bekämen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben seit vielen Jahren Rezession gehabt, vielleicht in diesem Jahr Stagnation.

Sich aber hier hinzustellen, Herr Steinbrück, und zu sagen: Wir wollen 3 % bis 4 % Wachstum, das können Sie wirklich keinem erzählen.

(Widerspruch von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Das haben Sie eben hier gesagt. Natürlich haben Sie von 3 % und 4 % Wachstum hier gesprochen.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: 0,3 % bis 0,4 % - das sind die 1,4 Milliarden, wenn wir die wegnehmen würden!)

- Nein, Sie haben von 3 bis 4 % gesprochen. Vielleicht haben Sie doch Recht, aber eines ist völlig klar: Wenn Sie 0,3 % sagen, dann liegen wir im Promillebereich. Sie wollen doch keinem erzählen, selbst wenn wir uns über die Zahlen im Klaren sind, dass Sparmaßnahmen im Umfang von 1,4 Milliarden € irgendeine Auswirkung auf die Konjunktur und den Aufschwung hätten. Das ist doch eine Mär und hat mit Wirtschaftspolitik nichts zu tun. Das ist nichts anderes als eine Schutzbehauptung für eigene Unfähigkeit und eigenes Nichtstun.

(Beifall bei der CDU)

Folgender Vorwurf bleibt bestehen - das hat ebenfalls etwas mit Wirtschaftspolitik zu tun -: Das Geld geht in die Zinszahlungen, also dahin, wohin es eigentlich nicht gehört. Es geht nicht dahin, wo die Menschen soziale Hilfe brauchen. Vielmehr haben die Schulden inzwischen mit 104 Milliarden € einen Umfang erreicht, bei dem die Steuereinnahmen - ich habe es Ihnen vorgebracht - nicht mehr für Zukunftsgestaltung, sondern nur noch für die Lasten der Vergangenheit aufgewandt werden. Aus diesem Grund sagen wir, dass dieses Land einen neuen Anfang braucht.

Wenn Sie die Frage stellen, wie wir die Steuerensenkungen finanzieren wollen, dann wiederhole ich: Es gibt zwischen uns einen fundamentalen Unterschied. Wir sind der festen Überzeugung, dass es mit einem Steuersystem, das einfacher und damit auch gerechter ist und niedrigere Steuersätze aufweist, mehr Steuereinnahmen gibt. In allen Ländern rund um den Globus wurde die Erfahrung gemacht, dass man so zu höheren öffentlichen Einnahmen kommt.

(Widerspruch bei der SPD)

- Sie sagen Nein, wir sagen Ja. Dann sollten wir in diesem Punkt über die richtige Strategie in der Wirtschaftspolitik den Kampf führen; die Positionen sind klar.

Wenn Sie die Frage stellen, was wir des Weiteren hinsichtlich der Finanzierung vorhaben, dann sage ich erneut - dies habe ich schon häufig öffentlich gesagt -: Mit uns können Sie über einen weiteren Subventionsabbau reden, auch über einen weiteren Abbau bei der Eigenheimzulage und der Pendlerpauschale. Aber nicht, um die Löcher bei Herrn Eichel zu stopfen, sondern um ein Steuersystem zu bekommen, das einfacher und gerecht ist und dann auch zu mehr Steuereinnahmen führt. Auch hier besteht ein Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der CDU)

In Wahrheit haben Sie vor diesen Aufgaben kapituliert; Sie packen sie gar nicht mehr an, sondern zeigen hier nur auf die Opposition. Wir sind uns unserer Verantwortung sehr bewusst. Wir wissen, dass wir ab Mai nächsten Jahres vor diesen Aufgaben stehen werden. Deshalb ist es so wichtig, dass die Menschen die Alternative kennen.

Wir haben schon festgestellt, dass Sie die Steuern erhöhen.

(Widerspruch von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Ja, natürlich. Was ist denn die Wassersteuer? Ist das keine Steuererhöhung, keine neue Steuer? Nein, damit haben Sie nichts zu tun. Bei deren Einführung waren Sie nicht dabei, oder? Ich bitte Sie! Langsam bekomme ich einen dicken Hals, wenn ich sehe, wie Sie reagieren: Mit allem, was in diesem Land passiert, haben die anderen, insbesondere die Opposition, zu tun, nur Sie nicht; Sie sind für die großen Reden zuständig. - Das ist zu wenig, Herr Steinbrück. Ich hoffe, dass das völlig klar ist.

(Beifall bei der CDU - Marc Jan Eumann [SPD]: Quatsch! Dann haben Sie nicht zugehört!)

Wir reden über die Alternativen. Wir sagen den Menschen, dass wir in Zukunft wieder mehr für dasselbe Geld arbeiten müssen. Die 35-Stunden-Woche war ein Irrweg.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

- Sie sind dagegen. Das ist eine Alternative.

Noch nie hat ein Volk seine Probleme dadurch gelöst, dass es weniger arbeitet. Es hat seine Probleme immer dadurch gelöst, dass es für dasselbe Geld mehr arbeitet. Dies wird einer der Wege sein, um Arbeit relativ billiger zu machen.

(Zurufe von der SPD)

Die Energiekosten sind in Nordrhein-Westfalen zu hoch. Das liegt neben der Überregulierung und dem großen Bürokratieaufwand an den zu hohen Subventionen. Wir sind bei der Frage der Unterschiede: Wir wollen die Steinkohlesubventionen bis zum Jahr 2010 halbieren, Sie wollen sie erhöhen. Wir wollen die Subventionen für die Windenergie heruntersetzen, Ihre Regierung sagt, sie müssten hoch sein. Ihr Koalitionspartner erschwert Investitionen unter anderem im Energiebereich.

Wir verlangen mehr Bildung. Hier verstehe ich eines überhaupt nicht: Sie sagen - angefangen von Herrn Müntefering bis hin zu Ihrem Kongress -, Sie wollten die Einheitsschule.

(Lachen von Ministerin Ute Schäfer)

Herr Steinbrück, Ihre Koalition und Ihre Regierung stehen für massenhaften Unterrichtsausfall und für zu große Klassen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Sehen Sie, Herr Rüttgers, das ist eine richtige Lüge!)

Sie stehen für zu hohe Schulden und ein ungerechtes Schulsystem. Es muss doch einen Sozialdemokraten umtreiben, wenn er durch neutrale Gutachter bescheinigt bekommt, dass das System in Nordrhein-Westfalen eines der ungerechtesten ist, die es überhaupt gibt.

(Beifall bei der CDU)

Nirgendwo hängt es mehr von Herkunft und Einkommen der Eltern ab, ob ein Kind die Chance hat, durch Bildung aufzusteigen.

Wir brauchen kleinere Klassen. Sie können herumreden, so viel Sie wollen, dazu muss man mehr Lehrer einstellen und nicht Lehrerstellen abbauen; schon gar nicht darf man einen Numerus clausus verhängen. Als wir die Debatte hier schon einmal führten, habe ich Sie vor einem Schulkampf gewarnt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie führen den doch!)

- Entschuldigen Sie, wollen Sie die Einheitsschule oder nicht? Sie haben doch die Interviews gegeben, Frau Löhrmann. Was ist denn auf der Konferenz am Samstag passiert? Wer die Kinder nicht begabungsgerecht fördert, sondern sie in einer Einheitsschule mit der gleichen Sauce abpeist, der versündigt sich an unseren Kindern, und das werden wir bekämpfen.

(Beifall bei der CDU - Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist doch Quatsch! Sie haben nichts, aber auch gar nichts verstanden!)

Herr Steinbrück, ich habe in einer Werbebroschüre der NRW-SPD den Satz gelesen: "Wir sind kein Land der Fönfrisur." Unabhängig davon, ob wir beide noch genügend Haare haben, um in diese Kategorie hineinzukommen, finde ich beim Weiterlesen folgende Sätze:

"Wir halten zusammen für eine gute Gegenwart und wir sorgen dafür, dass es denen, die nach uns kommen, noch besser gehen wird als uns."

So wie es bei uns schon immer war und seit fast vier Jahrzehnten mit der SPD."

Hier staune ich über so viel Selbsterkenntnis. Ihnen geht es nur noch um den Machterhalt. Sie wissen nicht mehr weiter. Deshalb müssen Sie abtreten, damit dieses Land wieder eine neue Zukunft bekommt.

(Anhaltender Beifall bei der CDU - Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Dr. Rüttgers. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Walsken das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Rüttgers, jetzt haben Sie fast 30 Minuten an diesem Rednerpult verbracht und es geschafft, der Öffentlichkeit nicht ein einziges Beispiel dafür zu nennen, wie Sie mit der Lage in NRW umzugehen gedenken. 30 Minuten ohne einen einzigen konkreten Ansatz!

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Rüttgers, ich weiß auch, warum: All das, was Sie in Ihrem so genannten Zukunftsprogramm an "konkreten" Vorschlägen machen, mit der schwierigen Situation in diesem Bundesland umzugehen, ist vollkommen untauglich, weil durch Rechenfehler, Luftbuchungen und pauschale Behauptungen deutlich wird, dass Sie kein Konzept haben. Sie haben in NRW zurzeit kein Konzept, um mit der Situation umzugehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das, meine Damen und Herren, würde ich Ihnen gerne anhand weniger Beispiele aus Ihren eigenen Unterlagen vorführen.

(Widerspruch von Manfred Palmen [CDU])

- Herr Kollege Palmen, beginnen wir mit einem Lieblingsthema aus dem Haushalts- und Finanzausschuss, in dem wir zusammen sitzen. Dabei geht es um die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs.

In Ihrem Zukunftsprogramm sagen Sie: In sieben Jahren beschert uns das 8 Milliarden € Mehreinnahmen. - Sie verschweigen, dass wir - übrigens mit dem Kollegen Diegel an Ihrer Seite - mittlerweile ein einstimmiges Eckpunktepapier haben, nach dem klar ist, dass wir zurzeit weder als NRW alleine den Umsatzsteuerbetrug bekämpfen können noch in der Lage sind, gegen bundesrechtliche oder EU-Vorschriften vorzugehen. Das heißt: Dieses Konzept mit seinen

8 Milliarden € sind auf der Einnahmenseite für das Jahr 2004 oder 2005 eine Luftbuchung. Es wird nämlich - das wissen Sie alle sehr genau - dabei nichts herunkommen, null.

(Manfred Palmen [CDU]: Wir haben kein Papier mit diesem Beschluss!)

- Herr Kollege Palmen, ich bin ein bisschen traurig darüber, dass Sie die Gemeinsamkeit, die wir in dieser Frage hatten, durch die Formulierung in Ihrem Zukunftsprogramm verlassen. Damit werden wir umzugehen haben. Trotzdem sage ich Ihnen: So geht es nicht!

Herr Dr. Rüttgers, ein weiterer Punkt, der für Sie sicherlich interessant ist, ist das Thema Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung. An der Stelle ist die Opposition immer besonders engagiert zu fordern, dass wir das alles nicht brauchten. Interessant ist aber, wie Sie an der Stelle rechnen. Sie sagen, in acht Jahren seien wir in der Lage, dort 600 Millionen € einzusparen. Wir reden heute über den Nachtragshaushalt. Schauen wir also einmal in den Haushalt:

Für das Jahr 2004 haben wir für die reine Öffentlichkeitsarbeit 16 Millionen € veranschlagt. Bin ich großzügig, werden für Veranstaltungen noch einmal 9,5 Millionen € veranschlagt. Rechnet man das auf acht Jahre, macht das insgesamt 204 Millionen €. In Ihrem Zukunftsprogramm schreiben Sie 600 Millionen €.

Erklären Sie mir bitte, wie Sie das machen wollen! Erklären Sie der Öffentlichkeit, was für Sparvorschläge das sind! Erklären Sie die Seriosität Ihrer Rechenweise, meine Damen und Herren! - Deshalb reden Sie nicht darüber, sondern lassen das hier einfach unter den Tisch fallen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, machen wir weiter: Im Juli hat die CDU einen Entschließungsantrag zum Nachtragshaushalt 2004 vorgelegt. Thema: Stellenabbau. In der engeren Landesverwaltung will die CDU 1,5 % jährlich einsparen. Sie geht dort von 70.000 Stellen aus. Meine Damen und Herren, Tatsache ist, dass wir dort exakt nur 48.005 Stellen haben. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Würden wir von diesen Stellen 1,5 % einsparen und dabei die Steuerverwaltung ausnehmen, blieben unter dem Strich 360 Stellen.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Das wissen die Fachleute, die Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushalts- und Finanzausschuss, dass wir noch über 10.000 kw-Vermerke,

Stellen, die künftig eingespart werden, sowieso auf der Agenda haben. Bleibt also ein aktueller Einsparbetrag von null. Dezidiert null, meine Damen und Herren.

Das sind Themen, mit denen Sie nach draußen gehen, die Sie in Ihr Zukunftsprogramm hinein schreiben und die bis zum Jahre 2010 angeblich 1,9 Milliarden € einbringen. Schaut man aber genau hin, so handelt es sich dabei um eine Luftbuchung allererster Größe. Meine Damen und Herren, das sagen wir der Öffentlichkeit. An der Stelle werden wir Sie nicht entlassen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme noch einmal auf Herrn Dr. Rüttgers und das BoA-Kraftwerk zurück, weil es mir wichtig ist, das noch einmal zu sagen: Sie haben vorhin die Feldhamster beklagt, die den Neubau des Kraftwerks in Neurath gefährden. Sie wissen ganz genau, dass zurzeit im Regionalrat Köln mit CDU-Mehrheit der Start des ordnungsgemäßen Planungsverfahrens für das neue Kraftwerk in Bergheim behindert und blockiert wird. Warum sagen Sie den Menschen das nicht?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Warum tun Sie so, als sei dies eine Maßnahme, die die Landesregierung nicht wollte? Reden wir doch einmal über die "Feldhamster" in Ihren eigenen Reihen, Herr Dr. Rüttgers.

(Beifall der Edith Müller [GRÜNE])

Mit diesem Ansatz werden Sie in Nordrhein-Westfalen nicht weiterkommen. Machen Sie Ihre Arbeit genauer und seien Sie seriös! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Walsken. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Müller das Wort.

Edith Müller (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Rüttgers, ich habe Ihnen schon in der letzten Diskussion, die wir über den Haushalt und die Finanzpolitik geführt haben, vorgehalten, Sie seien ein Politiker ohne Plan. Diese Charakterisierung würde ich heute gerne ergänzen: Sie sind ein Politiker ohne Plan und pflegen die kalkulierte Unschärfe.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Herr Moron hat völlig Recht: Eine Opposition, die sich auf kalkulierte Unschärfe zurückzieht und den

Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land nicht haargenau und auf Heller und Pfennig sagt wofür sie stehen wird, hat schon verloren.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: 7 Milliarden € Schulden!)

Gäbe es einen PISA-Test für Oppositionsführerinnen und -führer, würde ich sicher sein, Herr Dr. Rüttgers, dass wir sie nicht im oberen Drittel fänden.

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Rüttgers, hat beklagt, dass nicht über die Massenarbeitslosigkeit gesprochen worden sei. Ich würde das sehr gerne aufnehmen und Ihnen noch einmal vorhalten: Wer war denn derjenige, der die Generalrevision von Hartz IV verlangt hat? Wer ist denn im Augenblick vor Ort in den Arbeitsgemeinschaften aktiv, um dafür zu sorgen, dass diese so komplizierte Reform in unserem Land so gut wie möglich umgesetzt wird? Ich sehe dort nie jemanden von Ihnen. Also halten Sie uns nicht vor, wir kümmern uns nicht darum, wie das Schicksal der Arbeitslosigkeit in unserem Land überhaupt zu meistern ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Ich will Ihnen weiterhin etwas vorhalten: Sie haben behauptet, wir träten in der Diskussion nicht für längere Arbeitszeiten ein. - Wo waren Sie denn, als wir beschlossen haben, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Häusern die 41-Stunden-Woche einzuführen? Wo waren Sie? Ich habe Sie nicht gesehen.

Als es um längere Arbeitszeiten ging, haben Ihre Kolleginnen und Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuss unseren Antrag jedenfalls nicht unterstützt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Jetzt noch einmal zu den Forstbetrieben. Es ist in der Sache einfach nicht richtig: Wir werden nämlich einen Landesbetrieb aufbauen, das Management der Verwaltung aus einer Hand haben und nach betriebswirtschaftlichen Kriterien organisieren. Das ist Verwaltungsmodernisierung vom feinsten Typ.

Wenn Sie das kritisieren, weiß ich nicht, welche Art von Verwaltungsmodernisierung Ihnen eigentlich vorschwebt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vor dem Hintergrund, meine Damen und Herren, macht uns dann die Opposition den Vorwurf, wir würden Schulden machen.

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Uhlenberg?

Edith Müller (GRÜNE): Nein. - Ich glaube, das ist kein Vorwurf, sondern zunächst einmal schlicht und einfach die Realität. Herr Dr. Rüttgers, aber auch hier werfe ich Ihnen kalkulierte Unschärfe vor.

Deswegen muss ich noch einmal darauf zurückkommen: Im Vermittlungsausschuss gab es folgende Maßnahmen, bei denen Sie hätten Ja sagen können: Kürzung der Eigenheimzulage, Kürzung der Entfernungspauschale

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

- hören Sie zu -, Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges, Veränderungen bei der monatsgenauen Abschreibung usw.

All diese Maßnahmen summieren sich im Ergebnis auf 23 Milliarden € pro Jahr. Davon kämen den Ländern und Kommunen etwa 13 Milliarden € zu. Für unseren Landeshaushalt hätte das nach der bekannten Fünftelregelung Mehreinnahmen von rund 2,5 Milliarden € bedeutet. 2,5 Milliarden €, Herr Dr. Rüttgers, die Sie im Vermittlungsausschuss - patriotisch, wie Sie sich immer geben wollen -

(Zuruf von Dr. Helmut Linssen [CDU])

hätten für das Land Nordrhein-Westfalen organisieren können. Hätten wir dies gemeinsam mit Ihnen durchgesetzt, dann wäre die Neuverschuldung im Jahre 2005 nur halb so groß. So viel zur kalkulierten Unschärfe, wenn es um das Thema Schulden geht!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Außerdem stelle ich fest: Das Verhalten, das im Bundesrat und auch im Vermittlungsausschuss angelegt ist, wird nicht nur von uns, von Rot-Grün, kritisiert, sondern inzwischen auch in der Fachwelt extrem kritisiert. Deswegen erlauben Sie mir, dass ich aus dem jüngsten Gutachten des Sachverständigenrates zitiere - das kann man sich wirklich nur auf der Zunge zergehen lassen -:

"Aus Gründen der bereits schwer beschädigten Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakts"

- so der Sachverständigenrat -

"sollte die Erfüllung des Pakts ein vorrangiges Ziel der deutschen Finanzpolitik bilden. Hier ist aber nicht nur der Bund gefordert, sondern alle staatlichen Ebenen müssen einen Beitrag leisten"

- ganz spezifisch -

"und die Blockade eines weiteren Abbaus von Steuervergünstigungen im kommenden Jahr aufgeben."

Und der Vorsitzende des Sachverständigenrates wird wie folgt zitiert:

"Der Bundesrat möge endlich seinen Widerstand gegen die Abschaffung der Eigenheimzulage aufgeben."

(Beifall von Oliver Keymis [GRÜNE])

Herr Dr. Rüttgers, morgen steht die Eigenheimzulage im Bundesrat auf der Tagesordnung. Morgen können Sie Ihren Patriotismus für unser Land und für die Bundesrepublik Deutschland unter Beweis stellen. Stimmen Sie zu!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von CDU und FDP)

Noch eines muss man sagen: Selbst die Wirtschaft wirft der Union insgesamt mangelnde Entschlossenheit beim Subventionsabbau vor. Welche Botschaften brauchen Sie eigentlich noch? Angesichts dieser Lage wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der Suche nach Prominenten für Ihre Wahlkampfunterstützung.

Es ist aber nicht nur so, dass Sie den Subventionsabbau nicht unterstützen. Im Gegenteil - dies ist ja schon angesprochen worden -: Sie wollen noch eine Steuersenkung und Sie wollen eine Gesundheitsreform. Finanzierungslücken von bis zu 20 Milliarden € - eben wurde die Zahl von 35 Milliarden € genannt - bei Reduzierung der Steuereinnahmen! Alles das sollen wir in den Bundesländern und in den Kommunen verkraften. Ich glaube, dass es ernsthafte Zweifel an Ihrer Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Sachen Finanz- und Haushaltspolitik gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Gisela Walsken [SPD])

Meine Damen und Herren, ich bin in diesen vier-einhalb Jahren sehr realistisch geworden beim Blick auf das, was mit unserem Landeshaushalt geschieht

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Nachhaltigkeitsheuchlerin!)

und wie wir damit umgehen. Deshalb erlauben Sie mir eine Bemerkung zu dem, was für die Zukunft ansteht: Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Nachhaltigkeitslücke von rund 5 Millionen €.

(Manfred Palmén [CDU]: Milliarden!)

- Richtig, 5 Milliarden €! - Das ist die neueste Zahl des RWI. Wir haben - Sie erinnern sich - im Haushaltsgesetz beschlossen, dass wir für Nordrhein-Westfalen einen Nachhaltigkeitsbericht möchten. Das RWI hat jetzt eine erste Studie vorgelegt, die ich Ihnen allen nur ans Herz legen kann. Schließlich können wir die Augen vor der Wahrheit nicht verschließen: 5 Milliarden € Nachhaltigkeitslücke.

Nun zu der Frage: Was ist meines Erachtens in der nächsten Zeit zu tun?

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Pharisäer!)

Ich sehe drei Ansatzpunkte, auf die es ankommt. Der erste Hebel - das habe ich vorhin schon ausgeführt - liegt bei den Einnahmen. Weitere Steuerensenkungen, so wie das die CDU und natürlich auch die FDP fordern, sind jedenfalls mit uns nicht zu machen. Im Gegenteil: Wir brauchen Einnahmeverbesserungen. Deswegen ist und bleibt das Thema Subventionsabbau auf der Tagesordnung.

Wir brauchen aber auch mehr Steuergerechtigkeit. Wir müssen den Konsolidierungskurs ernst nehmen. Er wird von der Öffentlichkeit aber nur ernst genommen, wenn gleichzeitig die Steuergelder nicht weiter verschwendet oder betrügerisch hinterzogen werden. Deswegen bleiben Umsatzsteuerbetrug und Schwarzarbeit auf der Tagesordnung.

(Zuruf von Dr. Helmut Linssen [CDU])

Sie müssen wirksam bekämpft werden und dürfen nicht weiter von Ihnen im Bundesrat blockiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Hebel liegt ganz sicher auf der Ausgabe Seite. Auch hier werden wir weitere Korrekturen vornehmen müssen. Wir sind dafür prädestiniert, die Ausgaben infrage zu stellen und kreativ nach besseren Lösungen zu suchen. Dazu gehört u. a. die neue Verwaltungsstruktur im Forstbereich.

Der dritte Hebel, auf den ich ganz besonders setze, sind die neuen Instrumente in der Haushalts- und Finanzpolitik. Das, was die Kommunen uns mit ihrem neuen kommunalen Finanzmanagement vormachen, müssen wir systematisch auf den Landeshaushalt ausdehnen.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Wir werden ab 2006 die flächendeckende Personalausgabenbudgetierung bekommen und bis 2008 die flächendeckende Kosten- und Leistungsrechnung einführen. Diese Globalbudgets werden die Abgeordneten in den Fachausschüssen in die

Lage versetzen, die Einnahmen und Ausgaben konsequenter zu steuern und insgesamt unser Potenzial auf der Ausgabe Seite zu verbessern.

Nicht verschweigen möchte ich an dieser Stelle Folgendes, auch wenn es schuldenfinanziert ist: Wir haben den Gesetzentwurf für den Pensionsfonds, also für die Rückstellungen im Pensionsbereich. Die ersten 36 Millionen € werden mit dem Nachtragshaushalt 2004 in diesen Pensionsfonds eingestellt. Ich finde, auch das sollte in der Diskussion nicht untergehen.

Noch einmal, Herr Dr. Rüttgers: Wenn es um Sachpolitik und um die Zukunftswenken für das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik geht, zahlt sich die Politik der kalkulierten Unschärfe nicht aus. Die Opposition muss einen Plan vorlegen und klar sagen, wo es langgeht. Ansonsten hat sie schon jetzt verloren. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Müller. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Becker das Wort.

Felix Becker (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben der Opposition eben gesagt, sie hätte nicht die Souveränität, das Erfolgsmodell Landesbetrieb hier zu akzeptieren bzw. zu respektieren.

Herr Ministerpräsident, wir haben diese Souveränität. Wir haben die Freiheit und nehmen sie uns auch, Ihnen zu sagen, dass die 250 Millionen €, die pro Jahr aus dem Landesbetrieb resultieren sollten, als Nullsumme im Haushalt gelandet sind.

Wir haben die Freiheit zu sagen, dass der Landesbetrieb Gebäudemanagement am grünen Tisch eine Vergleichsmiete, genannt Marktmiete, für unser Landesgestüt in Warendorf in Höhe von 630.000 € formuliert hat. Am freien Markt würde man das Mietwucher nennen, Herr Ministerpräsident. Das ist eine Mietdefinition, die ein verbeamteter Betrieb definiert hat. So etwas hat Frau Müller eben als Landesbetrieb vom Feinsten bezeichnet, Herr Ministerpräsident. Wenn das die Vorschusslorbeeren für den Landesbetrieb Forst sind, so haben wir dagegen große Bedenken.

Sechs Millionen Menschen leben in unseren ländlichen Räumen. Ein Drittel des ländlichen Raums ist Wald. Darin wirtschaften 100.000 Waldbesitzer, die mit der derzeitigen Verwaltungsstruktur im Forst zufrieden sind. Sie hat Tradition, sie ist ein Stück Selbstverwaltung, und diese Selbst-

verwaltung, Herr Ministerpräsident, wird den Waldbesitzern genommen.

Die Landesregierung hat mit der Clusterstudie Forst dargelegt, dass die Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen mitnichten ein wirtschaftlicher Zwerg ist, sondern dass um unsere Forstwirtschaft herum 260.000 Arbeitsplätze existieren. Jede dritte Küche, die in Europa verkauft wird, stammt aus Nordrhein-Westfalen.

Sie haben im "Düsseldorfer Signal" beschlossen: Jetzt muss ein Landesbetrieb Forst her. Dieser Nachtragshaushalt bereitet diesen Betrieb vor. Im Ergebnis müssen wir davon ausgehen, dass den Landwirtschaftskammern, die Sie sowieso schon an das finanzielle Ende geführt haben, ungefähr 63 Millionen € weggenommen werden, die Sie in eine neue Verwaltung stecken, deren Effizienz durch nichts belegt ist und deren Aufgaben wir erst noch in einer Anhörung feststellen wollen. Aber Sie machen einen großen Klamauk mit einer Clusterstudie Forst und kommen in diesem Nachtragshaushalt mit einer neuen Verwaltungsstruktur, die im Grunde nichts anderes als eine Bürokratiewerschiebung darstellt.

(Beifall bei der FDP)

Der Hersteller der Clusterstudie, die von Ihrer Regierung, an jeder Ecke gelobt wird, Herr Ministerpräsident, wird in seinem Universitätsinstitut in Münster "ausgetrocknet". Als Sie das erkennen, hechten zwei Ihrer Staatssekretäre dorthin, um das Schlimmste zu verhüten. Denn die Doppelbödigkeit wäre auch ein Stück Peinlichkeit.

Sie haben es als Landesregierung nicht geschafft, wie es unsere Rechtslage in Nordrhein-Westfalen vorsieht, rechtzeitig einen Landeswaldbericht vorzulegen und in den Ausschüssen, wie es sich parlamentarisch gehört, diskutieren zu lassen. Stattdessen wollen Sie auf Biegen und Brechen diesen Landesbetrieb Forst. Das schwächt den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, das gefährdet Arbeitsplätze im Bereich der Forstwirtschaft. Herr Ministerpräsident, Sie machen im Herbst, wenn das Laub von den Bäumen fällt, eine Politik für den ländlichen Raum und nicht im Frühling, wenn die Knospen ersprießen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Becker. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat Kollege Groth das Wort. - Sie müssen nicht sprechen, Herr Kollege.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich nehme ich die Gelegenheit gerne wahr, nach all dem Gejammere, das man heute gehört hat - teilweise ohne Konzeption und ohne Verstand -, ein paar klassische, gute Nachrichten für die Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen darzustellen.

(Zuruf von Manfred Palmes [CDU])

Die beste Nachricht bringe ich sofort am Anfang - da haben Sie auch keine andere Lösung, Herr Palmes -: die Kreditierung der Steuerausfälle der Gemeinschaftssteuern. Das sichert die Stabilität, das sichert die Planungssicherheit der Kommunen. Das sind für das Jahr 2004 immerhin 127 Millionen € und für das kommende Jahr 321 Millionen €. Die Kommunen können sich darauf verlassen, dass die Schlüsselzuweisungen in dieser Höhe, wie prognostiziert, auch fließen werden - auch mit diesem Nachtragshaushalt.

Die zweite gute Nachricht: Es wird eine gerechtere Verteilung der ersparten Wohngeldmittel geben, die sich von 405 auf 450 Millionen € erhöhen, und wir ziehen vorher die 220 Millionen € Ostausgleich ab.

(Manfred Palmes [CDU]: Ach so!)

Das ist auch richtig so. Das haben Sie im Bundesrat mit zu verantworten, dass dieser Ostausgleich kommt und bei den Kommunen abgezogen werden muss. Sie haben auch zu verantworten, dass Ihre Kollegen in den ostdeutschen Ländern teilweise nicht einmal den Schneid haben, das an ihre Kommunen weiterzugeben, wie es vereinbart ist, sondern es in ihrem Landeshaushalt versickern lassen. Die verbleibenden 235 Millionen €, eine Kautel, wird nach der Zahl der Fälle unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Mietpreinsniveaus verteilt. Das ist ein klarer Bezug zu den Hartz-IV-Folgen, zu den neuen Belastungen. Es ist sehr gut für die Kommunen, die bislang aus diesem Topf nichts bekommen hätten, obwohl sie mit dem Ostausgleich belastet gewesen sind. Diese doppelte Ungerechtigkeit wird jetzt beendet.

Es wird keine investive Schlüsselmasse mehr geben. Das ist auch eine gute Nachricht, eine qualitative Verbesserung. Stattdessen werden die Investitionspauschalen um 93 Millionen € im Jahr 2005 angehoben. Wir haben sogar um 22 Millionen € höhere Schlüsselzuweisungen - zugegeben ein geringerer Betrag, aber es wird in diesen schwierigen Zeiten auch nichts abgezogen. Also, es bleibt dabei: Die Kommunen können sich auf die Finanzpolitik des Landes sehr gut verlassen.

Weitere Lichtblicke: Die eigenen Steuereinnahmen der Kommunen - das muss heute auch einmal gesagt werden, nachdem so viel Negatives gesagt worden ist - steigen wieder, auch wenn sie von einem sehr geringen Niveau aus ansteigen. Wir hatten einen dreijährigen Verfall der Gewerbesteuer. Jetzt steigt die Gewerbesteuer wieder um 10 % im Landesdurchschnitt, die Grundsteuer um 5 %.

(Manfred Palmen [CDU]: Im ersten Halbjahr!)

- Ja, Herr Palmen, Sie können ja gleich auch noch sprechen. - Ich gebe zu, das ist bei dem geringen Niveau, das wir haben, nur ein Lichtblick, aber die Steuern steigen wieder und fallen nicht weiter. Wir haben das Tal durchschritten.

In dieser Situation wird es darum gehen, die Verlässlichkeit durch die Kreditierung auch wirklich als solche zu erkennen. Wir haben die Schulpauschale auf dem alten Niveau von 460 Millionen € halten können, die Sportpauschale beträgt 45 Millionen €, und die Investitionspauschale ist auf 402 Millionen € angestiegen. Herr Innenminister Behrens hat heute dankenswerterweise angeboten, gemeinsam zu Konzepten zu kommen - hören Sie mal zu, Herr Palmen! -, um die Schlüsselzuweisungen zu verstetigen.

Das Angebot nehmen wir als Grüne sehr gerne an. Sie könnten auch einmal sagen: Daran wollen wir konstruktiv mitarbeiten. Es geht nämlich um die Findung eines Konzepts. Ansonsten haben wir heute noch nichts Konzeptionelles von Ihnen gehört.

Zusätzlich, meine Damen und Herren, müssen wir nicht nur über Verstetigung nachdenken, sondern auch darüber, wie man die Gemeindefinanzreform jetzt fortsetzt. Sie ist an Ihren Mehrheiten im Bundesrat gescheitert bezüglich der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Jawohl! - Beifall bei den GRÜNEN)

So ist es gewesen. Wir würden in den nordrhein-westfälischen Kommunen schon sehr viel besser dastehen, wenn die CDU-/CSU-Mehrheit im Bundesrat das nicht verhindert hätte.

Wir müssen darüber nachdenken, wie man die Bemessungsgrundlage bei der Gemeindefinanzsteuer verbreitert. Wir müssen über die Verteilung des Einkommensteueranteils nach Wohnort- und Arbeitsstättenprinzip nachdenken, über einen Hebesatz der Kommunen auf ihren eigenen Anteil und nicht zuletzt über eine Reform der Grundsteuer, die längst überfällig ist.

Das sind die Aufgaben der Zukunft, zu denen wir als Grüne zusammen mit der SPD-Fraktion, mit dem Innenministerium und vielleicht auch - das ist wahrscheinlich eine vergebene Hoffnung - mit der Opposition ein Konzept entwickeln möchten, das den nordrhein-westfälischen Kommunen tatsächlich weiterhilft. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Groth. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Kollege Diegel das Wort.

Helmut Diegel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehe noch einmal in die Debatte, um hier einiges richtig zu stellen. Es ist ein bemerkenswerter Vorgang, wenn der Ministerpräsident ein Eingeständnis abgibt, das er auch schwere Fehler gemacht hat. Damit hätte er seine Rede in der Tat beenden können.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Oh Mann, oh Mann!)

Das Problem ist allerdings das Verhalten des Fraktionsvorsitzenden der SPD inklusive der nachfolgenden Redner der Fraktion. Dabei geht es nicht mehr um Wahrhaftigkeit, sondern nur noch um ein Gebilde, das den Schein wahren soll. Es geht auch um Äußerungen von Frau Walsken in Bezug auf ein Eckpunktepapier, das im Haushalts- und Finanzausschuss gemeinsam verabschiedet worden sein soll, das es nicht gibt. Hier geht es schlichtweg um nichts anderes als um ein Lügengebilde, das Herr Moron ganz offensichtlich als Lügen-Moron oder Lügen-Baron angelegt hat. Ich hoffe, dass dies im Haushalts- und Finanzausschuss nicht weiter Schule macht.

Ich möchte noch einmal deutlich daran erinnern, dass der hier aufgegriffene Faden vonseiten der Landesregierung, es handele sich um ein Einnahmeproblem, falsch ist. Das wissen sowohl der Ministerpräsident wie auch der Finanzminister. Gegenüber 2003 haben wir im Haushaltsplan 2004 500 Millionen € mehr Einnahmen, im Haushaltsplan 2005 sind es mehr gegenüber 2003 sogar 1,4 Milliarden € mehr an Einnahmen. Erklären Sie dem Parlament doch einmal, wo hier das Einnahmeproblem liegt. Sie sind nur nicht in der Lage, die wachsenden Ausgaben den Einnahmen anzupassen. Das ist Ihr Problem. Dafür brauchen wir Konzepte, die wir von Ihnen auch erwarten können. Dazu sind Sie von Rot-Grün und vor allen Dingen von dieser Landesregierung in der Pflicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Diegel. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Jäger das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eine spannende Debatte, die Herr Rüttgers jetzt nicht ganz so aufmerksam verfolgt. Gleichwohl will ich es Ihnen nicht ersparen, Herr Rüttgers, Ihnen das eine oder andere zu Ihren 30-minütigen Eskapaden hier am Rednerpult zu sagen.

Ich will damit anfangen, dass Sie behaupten, wir hätten am Samstag in Bochum auf dem NRW-Konvent, dem Startschuss der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie, die Wahl am 22. Mai 2005 zu gewinnen, beschlossen, eine sozialistische Einheitsschule in Nordrhein-Westfalen einführen zu wollen. Herr Rüttgers, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns in den Reden des Ministerpräsidenten oder des Landesvorsitzenden die Stelle zeigen könnten, wann eine solche Begrifflichkeit gefallen ist. Ich will nicht wie Sie andere als Lügner bezeichnen, aber ich glaube, Herr Rüttgers, in diesem Zusammenhang haben Sie zumindest ein seltsames Verhältnis zur Wahrheit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Tatsache ist, Herr Rüttgers, dass wir als Sozialdemokraten und Grüne, die hier in der Regierungsverantwortung stehen, uns den Ergebnissen von PISA II, die sich jetzt abzeichnen, die im Wesentlichen noch keiner kennt, aber das bestätigen werden, was uns PISA I gesagt hat, stellen wollen: In keinem der 31 vergleichenden Industrieländer gibt es einen solch signifikanten Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsabschluss.

Ich frage Sie allen Ernstes, Herr Rüttgers: Was wollen Sie? Beteiligen Sie sich an dieser Debatte? Führen Sie mit uns eine Diskussion darüber, wie man diese Benachteiligung in den Schulsystemen der Bundesrepublik Deutschland verändern kann? Oder bleiben Sie in Ihren politischen Katakomben ganz unten, kommen zwischendurch einmal heraus und sprechen von der sozialistischen Einheitsschule, wobei sich die Frage stellt, wen Sie damit eigentlich erschrecken wollen? Das ist nicht glaubwürdig. Das ist nicht authentisch. Das werden Ihnen die Menschen auch nicht abnehmen. Sie verweigern sich einer bildungspolitischen Debatte, die erforderlich ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die zweite Frage, die sich stellt, Herr Rüttgers, wobei ich Sie bei den Privatgesprächen gar nicht unterbrechen will: Wofür stehen Sie eigentlich? Nach 30-Minuten-Vortrag von Ihnen habe ich den Eindruck, dass Sie Haushaltskonsolidierung als die Summe von Haushaltsansätzen und Erhöhungen von Haushaltsansätzen

(Ilka Keller [CDU]: Wofür stehen Sie denn? Erklären Sie das doch mal!)

verstehen. Das scheint das finanzpolitische Konzept der CDU zu sein. Geringere Steuersätze bedeuten bei der CDU höhere Steuereinnahmen für den Staat. Dieser Logik folgend, müsste das bedeuten, der Staat sollte möglichst gar keine Steuern erheben, umso höhere Einnahmen hätte er. Herr Rüttgers, das, was Sie hier finanzpolitisch vorschlagen - ständige Haushaltserhöhungen und gleichzeitig Steuersenkungen - wäre der Ruin des Landes Nordrhein-Westfalen. Ich bin mir sehr sicher, die Menschen werden Ihnen am 22. Mai 2005 die Chance dafür nicht geben.

(Ilka Keller [CDU]: Warten Sie erst mal ab!)

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, Herr Rüttgers, wo wir gehofft hatten, dass Sie die Gelegenheit ergriffen hätten, Ihre Regierungsfähigkeit tatsächlich unter Beweis zu stellen: Im Dezember 2004 hat der Vermittlungsausschuss die Reform der Gemeindefinanzen, der Steuereinnahmen der Gemeinden, diskutiert. Einigkeit besteht zwischen uns in der Tatsache, dass es in den Gemeinden Nordrhein-Westfalens und der Bundesrepublik Deutschland kein Ausgabeproblem gibt. Sie schmeißen das Geld nicht zum Fenster hinaus. Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens haben ein erhebliches Einnahmeproblem, das aus einem starren, unflexiblen und ungerechten Steuersystem resultiert.

Tatsache ist: Es gab einen Vorschlag der nordrhein-westfälischen Landesregierung, getragen von den Spitzenverbänden der Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland, mitgetragen von Ihrem CDU-Kollegen Reiniger und dem ehemaligen CDU-Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Herrn Wittke, die wir dabei an unserer Seite hatten.

Da bestand die Chance - da war dieses Zeitfenster geöffnet -, wirklich historisch die Gemeindefinanzen neu zu ordnen und damit den Gebietskörperschaften in Nordrhein-Westfalen und in den anderen 15 Bundesländern eine gerechte, versteifte und solide Finanzbasis zu schaffen.

Tatsache ist: Als wir Sie da hätten gebrauchen können in Ihrer Funktion, andere CDU-Länder für

dieses Vorhaben zu gewinnen und mit zu überzeugen, waren Sie es, die sich in die Büsche geschlagen haben. Damit ist festzustellen: Sie haben die Gelegenheit, Ihre Regierungsfähigkeit wirklich unter Beweis zu stellen, im Dezember 2004 nicht wahrgenommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich möchte noch auf Ihre Einlassung eingehen, wer am 22. Mai 2005 den Stuhl hier besetzt.

(Manfred Palmen [CDU]: Sie müssen erst einmal in Duisburg Ihre Sachen in Ordnung bringen und Ihren Wahlkreis gewinnen.)

- Ich würde mich freuen, Herr Palmen, wenn Sie Ihre gebetsmühlenartigen Zwischenrufe vielleicht einmal in eine intelligente Zwischenfrage einschmelzen würden. Dann hätte ich nämlich auch die Gelegenheit, darauf zu antworten, ohne dass es auf meine Redezeit angerechnet wird.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Tatsache ist: Wir sollten alle ein wenig mehr Demut vor dem Wähler haben.

(Manfred Palmen [CDU]: Ach so! Das sagen ausgerechnet Sie!)

Denn der entscheidet am 22. Mai darüber, wer authentisch ist, wer glaubwürdig ist, wer arbeitet und wer nicht arbeitet. Und nur jene werden Wahlerfolg haben.

Aus drei Gründen glaube ich, dass wir Chancen haben, als Sozialdemokraten wieder den Ministerpräsidenten zu stellen.

Das Erste ist für mich nicht ganz so relevant. Das sind die Umfrageergebnisse. Da gehen Sie mal 5 oder 6 % wieder rauf. Das ist für mich nicht relevant.

Wichtiger ist der zweite Grund. Das sind die Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land, die sagen: Ja, wir sind von dieser Landesregierung und ihrer Politik überzeugt.

Was aber ein sicheres Zeichen dafür ist, dass wir wieder eine Chance haben, ist, Herr Rüttgers, das Verhalten Ihrer eigenen CDU-Landtagsfraktion. Noch vor der Sommerpause haben sich Ihre Kolleginnen und Kollegen auf dem Gang

(Ilka Keller [CDU]: Sprechen Sie doch einmal zum Thema!)

sozusagen mit "Guten Morgen, Herr Minister" und "Guten Morgen, Herr Staatssekretär" begrüßt - in dem Glauben, sie könnten ohne eigenes Zutun im Schlafwagen zur Macht fahren.

(Manfred Palmen [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Das hat sich nach der Sommerpause geändert. Wenn man jetzt mit Kollegen Ihrer Fraktion redet, herrscht eher die Stimmung vor: Wer ist eigentlich verantwortlich, wenn es am 22. Mai 2005 nicht klappt, dass wir in die Regierungsverantwortung kommen?

Da sage ich Ihnen, Herr Rüttgers, voraus: Das werden Sie sein. Sie werden von Ihrer eigenen Fraktion dafür verantwortlich gemacht werden, wenn Sie am 22. Mai 2005 wieder nicht dort Platz nehmen werden, weil Ihre eigenen Leute sagen: Mit einem dinosaurierhaften Relikt der Kohl-Ära, einem gescheiterten Zukunftsminister - ich füge hinzu: einem politischen Wackelpudding - werden wir diese Wahl nicht gewinnen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ihre 30-minütige Rede, Herr Rüttgers, war ein Dokument Ihrer Konzeptlosigkeit und damit Ihrer Regierungsunfähigkeit.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Ich bin mir sehr sicher, dass der ehemalige Zukunftsminister Jürgen Rüttgers am 22. Mai 2005 zur Vergangenheit in Nordrhein-Westfalen gehört. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Jäger. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir die Beratung schließen und zur Abstimmung kommen können.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** der beiden **Gesetzentwürfe Drucksachen 13/6200 und 13/6201** sowie der **Unterrichtung** durch die Landesregierung **Drucksache 13/6100** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** - federführend -, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt ums Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer Enthält sich? - Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf: